

Volkswacht

für Schlesien

Anzeigenpreis: In Schlesien für jede Zeile 1.50 Pf., in anderen Teilen 2.00 Pf., für den ersten Tag 1.00 Pf., für den zweiten Tag 0.50 Pf., für den dritten Tag 0.30 Pf., für den vierten Tag 0.20 Pf., für den fünften Tag 0.15 Pf., für den sechsten Tag 0.10 Pf., für den siebten Tag 0.08 Pf., für den achten Tag 0.06 Pf., für den neunten Tag 0.05 Pf., für den zehnten Tag 0.04 Pf., für den elften Tag 0.03 Pf., für den zwölften Tag 0.02 Pf., für den dreizehnten Tag 0.01 Pf., für den vierzehnten Tag 0.01 Pf., für den fünfzehnten Tag 0.01 Pf., für den sechzehnten Tag 0.01 Pf., für den siebenzehnten Tag 0.01 Pf., für den achtzehnten Tag 0.01 Pf., für den neunzehnten Tag 0.01 Pf., für den zwanzigsten Tag 0.01 Pf., für den einundzwanzigsten Tag 0.01 Pf., für den zweiundzwanzigsten Tag 0.01 Pf., für den dreiundzwanzigsten Tag 0.01 Pf., für den vierundzwanzigsten Tag 0.01 Pf., für den fünfundzwanzigsten Tag 0.01 Pf., für den sechsundzwanzigsten Tag 0.01 Pf., für den siebenundzwanzigsten Tag 0.01 Pf., für den achtundzwanzigsten Tag 0.01 Pf., für den neunundzwanzigsten Tag 0.01 Pf., für den dreißigsten Tag 0.01 Pf., für den einunddreißigsten Tag 0.01 Pf., für den zweiunddreißigsten Tag 0.01 Pf., für den dreiunddreißigsten Tag 0.01 Pf., für den vierunddreißigsten Tag 0.01 Pf., für den fünfunddreißigsten Tag 0.01 Pf., für den sechsunddreißigsten Tag 0.01 Pf., für den siebenunddreißigsten Tag 0.01 Pf., für den achtunddreißigsten Tag 0.01 Pf., für den neununddreißigsten Tag 0.01 Pf., für den vierzigsten Tag 0.01 Pf., für den einundvierzigsten Tag 0.01 Pf., für den zweiundvierzigsten Tag 0.01 Pf., für den dreiundvierzigsten Tag 0.01 Pf., für den vierundvierzigsten Tag 0.01 Pf., für den fünfundvierzigsten Tag 0.01 Pf., für den sechsundvierzigsten Tag 0.01 Pf., für den siebenundvierzigsten Tag 0.01 Pf., für den achtundvierzigsten Tag 0.01 Pf., für den neunundvierzigsten Tag 0.01 Pf., für den fünfzigsten Tag 0.01 Pf., für den einundfünfzigsten Tag 0.01 Pf., für den zweiundfünfzigsten Tag 0.01 Pf., für den dreiundfünfzigsten Tag 0.01 Pf., für den vierundfünfzigsten Tag 0.01 Pf., für den fünfundfünfzigsten Tag 0.01 Pf., für den sechsundfünfzigsten Tag 0.01 Pf., für den siebenundfünfzigsten Tag 0.01 Pf., für den achtundfünfzigsten Tag 0.01 Pf., für den neunundfünfzigsten Tag 0.01 Pf., für den sechzigsten Tag 0.01 Pf., für den einundsechzigsten Tag 0.01 Pf., für den zweiundsechzigsten Tag 0.01 Pf., für den dreiundsechzigsten Tag 0.01 Pf., für den vierundsechzigsten Tag 0.01 Pf., für den fünfundsechzigsten Tag 0.01 Pf., für den sechsundsechzigsten Tag 0.01 Pf., für den siebenundsechzigsten Tag 0.01 Pf., für den achtundsechzigsten Tag 0.01 Pf., für den neunundsechzigsten Tag 0.01 Pf., für den siebenzigsten Tag 0.01 Pf., für den einundsevenzigsten Tag 0.01 Pf., für den zweiundsevenzigsten Tag 0.01 Pf., für den dreiundsevenzigsten Tag 0.01 Pf., für den vierundsevenzigsten Tag 0.01 Pf., für den fünfundsevenzigsten Tag 0.01 Pf., für den sechsundsevenzigsten Tag 0.01 Pf., für den siebenundsevenzigsten Tag 0.01 Pf., für den achtundsevenzigsten Tag 0.01 Pf., für den neunundsevenzigsten Tag 0.01 Pf., für den achtzigsten Tag 0.01 Pf., für den einundachtzigsten Tag 0.01 Pf., für den zweiundachtzigsten Tag 0.01 Pf., für den dreiundachtzigsten Tag 0.01 Pf., für den vierundachtzigsten Tag 0.01 Pf., für den fünfundachtzigsten Tag 0.01 Pf., für den sechsundachtzigsten Tag 0.01 Pf., für den siebenundachtzigsten Tag 0.01 Pf., für den achtundachtzigsten Tag 0.01 Pf., für den neunundachtzigsten Tag 0.01 Pf., für den neunzigsten Tag 0.01 Pf., für den einundneunzigsten Tag 0.01 Pf., für den zweiundneunzigsten Tag 0.01 Pf., für den dreiundneunzigsten Tag 0.01 Pf., für den vierundneunzigsten Tag 0.01 Pf., für den fünfundneunzigsten Tag 0.01 Pf., für den sechsundneunzigsten Tag 0.01 Pf., für den siebenundneunzigsten Tag 0.01 Pf., für den achtundneunzigsten Tag 0.01 Pf., für den neunundneunzigsten Tag 0.01 Pf., für den hundertsten Tag 0.01 Pf., für den einundhundertsten Tag 0.01 Pf., für den zweiundhundertsten Tag 0.01 Pf., für den dreiundhundertsten Tag 0.01 Pf., für den vierundhundertsten Tag 0.01 Pf., für den fünfundhundertsten Tag 0.01 Pf., für den sechsundhundertsten Tag 0.01 Pf., für den siebenundhundertsten Tag 0.01 Pf., für den achtundhundertsten Tag 0.01 Pf., für den neunundhundertsten Tag 0.01 Pf., für den tausendsten Tag 0.01 Pf.

Organ für die werktätige Bevölkerung
Herausg. Anstalt: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 5141.
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 8852.

Bezugspreis: In Schlesien für jede Zeile 1.50 Pf., in anderen Teilen 2.00 Pf., für den ersten Tag 1.00 Pf., für den zweiten Tag 0.50 Pf., für den dritten Tag 0.30 Pf., für den vierten Tag 0.20 Pf., für den fünften Tag 0.15 Pf., für den sechsten Tag 0.10 Pf., für den siebten Tag 0.08 Pf., für den achten Tag 0.06 Pf., für den neunten Tag 0.05 Pf., für den zehnten Tag 0.04 Pf., für den elften Tag 0.03 Pf., für den zwölften Tag 0.02 Pf., für den dreizehnten Tag 0.01 Pf., für den vierzehnten Tag 0.01 Pf., für den fünfzehnten Tag 0.01 Pf., für den sechzehnten Tag 0.01 Pf., für den siebenzehnten Tag 0.01 Pf., für den achtzehnten Tag 0.01 Pf., für den neunzehnten Tag 0.01 Pf., für den zwanzigsten Tag 0.01 Pf., für den einundzwanzigsten Tag 0.01 Pf., für den zweiundzwanzigsten Tag 0.01 Pf., für den dreiundzwanzigsten Tag 0.01 Pf., für den vierundzwanzigsten Tag 0.01 Pf., für den fünfundzwanzigsten Tag 0.01 Pf., für den sechsundzwanzigsten Tag 0.01 Pf., für den siebenundzwanzigsten Tag 0.01 Pf., für den achtundzwanzigsten Tag 0.01 Pf., für den neunundzwanzigsten Tag 0.01 Pf., für den dreißigsten Tag 0.01 Pf., für den einunddreißigsten Tag 0.01 Pf., für den zweiunddreißigsten Tag 0.01 Pf., für den dreiunddreißigsten Tag 0.01 Pf., für den vierunddreißigsten Tag 0.01 Pf., für den fünfunddreißigsten Tag 0.01 Pf., für den sechsunddreißigsten Tag 0.01 Pf., für den siebenunddreißigsten Tag 0.01 Pf., für den achtunddreißigsten Tag 0.01 Pf., für den neununddreißigsten Tag 0.01 Pf., für den vierzigsten Tag 0.01 Pf., für den einundvierzigsten Tag 0.01 Pf., für den zweiundvierzigsten Tag 0.01 Pf., für den dreiundvierzigsten Tag 0.01 Pf., für den vierundvierzigsten Tag 0.01 Pf., für den fünfundvierzigsten Tag 0.01 Pf., für den sechsundvierzigsten Tag 0.01 Pf., für den siebenundvierzigsten Tag 0.01 Pf., für den achtundvierzigsten Tag 0.01 Pf., für den neunundvierzigsten Tag 0.01 Pf., für den fünfzigsten Tag 0.01 Pf., für den einundfünfzigsten Tag 0.01 Pf., für den zweiundfünfzigsten Tag 0.01 Pf., für den dreiundfünfzigsten Tag 0.01 Pf., für den vierundfünfzigsten Tag 0.01 Pf., für den fünfundfünfzigsten Tag 0.01 Pf., für den sechsundfünfzigsten Tag 0.01 Pf., für den siebenundfünfzigsten Tag 0.01 Pf., für den achtundfünfzigsten Tag 0.01 Pf., für den neunundfünfzigsten Tag 0.01 Pf., für den sechzigsten Tag 0.01 Pf., für den einundsechzigsten Tag 0.01 Pf., für den zweiundsechzigsten Tag 0.01 Pf., für den dreiundsechzigsten Tag 0.01 Pf., für den vierundsechzigsten Tag 0.01 Pf., für den fünfundsechzigsten Tag 0.01 Pf., für den sechsundsechzigsten Tag 0.01 Pf., für den siebenundsechzigsten Tag 0.01 Pf., für den achtundsechzigsten Tag 0.01 Pf., für den neunundsechzigsten Tag 0.01 Pf., für den siebenzigsten Tag 0.01 Pf., für den einundsevenzigsten Tag 0.01 Pf., für den zweiundsevenzigsten Tag 0.01 Pf., für den dreiundsevenzigsten Tag 0.01 Pf., für den vierundsevenzigsten Tag 0.01 Pf., für den fünfundsevenzigsten Tag 0.01 Pf., für den sechsundsevenzigsten Tag 0.01 Pf., für den siebenundsevenzigsten Tag 0.01 Pf., für den achtundsevenzigsten Tag 0.01 Pf., für den neunundsevenzigsten Tag 0.01 Pf., für den achtzigsten Tag 0.01 Pf., für den einundachtzigsten Tag 0.01 Pf., für den zweiundachtzigsten Tag 0.01 Pf., für den dreiundachtzigsten Tag 0.01 Pf., für den vierundachtzigsten Tag 0.01 Pf., für den fünfundachtzigsten Tag 0.01 Pf., für den sechsundachtzigsten Tag 0.01 Pf., für den siebenundachtzigsten Tag 0.01 Pf., für den achtundachtzigsten Tag 0.01 Pf., für den neunundachtzigsten Tag 0.01 Pf., für den neunzigsten Tag 0.01 Pf., für den einundneunzigsten Tag 0.01 Pf., für den zweiundneunzigsten Tag 0.01 Pf., für den dreiundneunzigsten Tag 0.01 Pf., für den vierundneunzigsten Tag 0.01 Pf., für den fünfundneunzigsten Tag 0.01 Pf., für den sechsundneunzigsten Tag 0.01 Pf., für den siebenundneunzigsten Tag 0.01 Pf., für den achtundneunzigsten Tag 0.01 Pf., für den neunundneunzigsten Tag 0.01 Pf., für den hundertsten Tag 0.01 Pf.

Die Sozialdemokratie gegen den Brotwucher.

Was geschieht gegen den Brotwucher?

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beauftragte am Donnerstag ihren Vorstand, beim Reichskanzler Dr. Brüning unversöhnlich wegen der sehr beunruhigenden neuen Preissteigerung beim Brotgetreide vorstellig zu werden. Von der Regierung sollen sofort durchgreifende Maßnahmen verlangt und u. a. geordert werden, die Brotversorgung der minderbemittelten Volksschichten zu halbwegs ertäglichen Preisen sicherzustellen.

Dr. Hermes will kein Doppelamt mehr.

Der Sozialdemokratische Parlamentsdienst teilt mit: „Dr. Hermes, der zurzeit das Reichsernährungsministerium leitet, gleichzeitig aber auch Intermittentisch die Geschäfte des Finanzministeriums führt, hat den Reichskanzler gebeten, bald eine Entscheidung darüber zu treffen, welches von beiden Ämtern er in Zukunft beibehalten soll. Hermes begründet den Wunsch der Entlassung von einem der zurzeit von ihm geführten Ämter damit, daß es ihm auf die Dauer unmöglich sei, die schwere Verantwortung, die auf den beiden Ministerien lasse, gemeinsam zu tragen.“

Der Streit um das Steuerkompromiß.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschäftigt sich am Donnerstagabend mit dem Steuerkompromiß. Anlaß zu diesen Besprechungen gab das Verhalten einzelner Mitglieder der Volkspartei, die in den Steuerkompromiß den Anschein erweckten, als habe das Kompromiß für ihre Fraktion keine Geltung mehr. Die sozialdemokratischen Mitglieder des 11. Ausschusses (Steuerausschuß) wurden von der Fraktion beauftragt, in der Freitagssitzung des Steuerausschusses von der Volkspartei eine Erklärung über die Stellungnahme zu dem Kompromiß zu verlangen. Sollte die Volkspartei ihre bisherige Zustimmung verweigern, und seinen neuen Beweis der Unzuverlässigkeit erbringen, dann wären selbstverständlich auch für die Sozialdemokratie alle bisherigen Vereinbarungen, die dem Steuerkompromiß zugrunde liegen, hinfällig.

Die Aufbringung der Zwangsanleihe.

Aus Mitteilungen der bürgerlichen Presse, deren Richtigkeit wir nicht nachprüfen wollen, ist zu entnehmen, daß zurzeit in führenden Kreisen der Bank- und Industriewelt Verhandlungen über die Aufbringung der Zwangsanleihe stattfinden. Angeblich soll die endgültige Umlegung der Zwangsanleihe erst vorgenommen werden, wenn die Vermögensschätzung nach Jahresabschluss vorgenommen ist. Vorher soll ein Teilbetrag zur Einhebung gebracht werden. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hatte bisher noch keine Gelegenheit, zu der Frage der Veranlagung eingehend Stellung zu nehmen. Sie wird jedenfalls dahin wirken, daß mit Rücksicht auf den dringenden Geldbedarf des Reiches möglichst bald ein erheblicher Teil der Zwangsanleihe erhoben, und daß der Rest nach Fertigstellung der Einhebung der Vermögens eingeschossen wird. Die Voraussetzung zur Annahme des Gesetzes über die Zwangsanleihe wird für die Sozialdemokratie sein, daß festgesetzte Termine und bestimmte Summen in Ansatz gebracht werden.

Die Börse spekuliert auf Lloyd Georges Rücktritt.

Die Erörterungen über den eventuellen Rücktritt Lloyd Georges riefen am Donnerstag an der Berliner Börse eine verstärkte Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln hervor. Gekünstelt machte sich ein starker Devisenbedarf der Industrie und des Großhandels bemerkbar, die sich schon jetzt für die Aprilzahlungen einbuden. Umlich notierten: Kabel New York 239.75, London 1061.50, Holland 9200. Auch am Effektenmarkt gingen die Kurse flott nach oben.

Der ehemalige Kronprinz.

Die immer häufigeren Hinweise auf den sich in Einflankeit und unzeitweiliger Wut verzehrenden Herrn in Beringen kommen weniger aus dem Lager des extremen nationalen Chauvinismus — sie kommen, so schreibt die „Frankf. Zig.“, mehr von der zahlreicheren monarchistischen Richtung, die sich um die Deutsche Volkspartei gruppiert. Doch wird auch bereits in ganz anderen Kreisen mit Sympathie vom Kronprinzen gesprochen. Sogar Herr Maximilian Harden, vor dessen erbarmungsloser Kritik kaum jemand bestehen kann, hat sich über ihn mit einflussreicher Teilnahme geäußert, seine Verhüllungen in eindringender Analyse zu erklären versucht und ihn menschlich beinahe entschuldigend. Kurz und gut: der ehemalige Kronprinz des Deutschen Reiches und Preußens ist auf dem Wege, in Deutschland eine populäre Figur zu werden.

In seinen „Deutschen Stimmen“ beschäftigt sich jetzt wieder der volksparteiliche Führer Dr. Stresemann begütigend und sympathisch mit dem Erben des Kaisers: Man werde die von ihm während des Krieges verkündeten Denkschriften lesen und erkennen, daß in diesem Manne viel mehr Ernst, viel mehr Geist, viel mehr realpolitisches Denken vorhanden seien, als man ihm zugetraut habe. Er sei frei von rein konferenzmattigen Auffassungen, frei auch — man höre es mit Bewunderung!

— von jener Denkungsart, die in jedem Menschen jüdischen Blutes eine zu bekämpfende Persönlichkeit sehe. Seine Auffassung über Religion und Wissenschaft wurzle weit mehr in Leistung und Gerechtigkeit als in einer Orthodoxie... Was der Kronprinz verlangen könne, sei Gerechtigkeit der Beurteilung. Was er hätte leisten können, das vermöge man aus seinem Kronprinzenleben nicht herzuholen.

Es ist nicht anzunehmen, daß Herr Stresemann und andere dieses Verlangen nach Gerechtigkeit einzig und allein deshalb erheben, um dem Kronprinzen auf der Insel Beringen eine schöne moralische Genugtuung zu verschaffen. Die auffällig starke Beschäftigung mit dem Sohne Wilhelms II. und die Forderung, ihn mit „Gerechtigkeit“ zu behandeln, sollen offenbar die in späterer Zeit zu erhebende Forderung, ihm die Heimkehr zu gestatten, vorbereiten. Diese Forderung wird man nicht heute oder morgen aussprechen, aber man sucht ihr bereits jetzt die stimmungsmäßige Grundlage zu schaffen. Die Republikaner sollten sich diese Dinge genau ansehen und auch den Mann, um den es sich handelt. Der Kronprinz ist nicht von der Republik und von den Demokraten aus dem Lande getrieben worden: er ist im November 1918 als preussischer Offizier und Führer einer deutschen Truppe von hier vor dem Feinde weg desertiert und nach Holland geflohen. Das ist doch wohl auch der Erinnerung wert, wenn fortwährend nach „Gerechtigkeit“ für diesen Mann geschrien wird! Des weiteren aber muß man sehr hinfällig denken, um aus patriotischen und ganz unerschütterlichen Bewegungen, daß es nicht auf die Staatsform, sondern auf das Vaterland ankomme, und was so ähnlich klingt, den Schluss zu ziehen, daß der Kronprinz sich niemals mit der heutigen deutschen Bevölkerung abfinden und einverstanden erklären könne. Der Erbe der preussischen Krone kann nicht anders, als der erste Monarchist Deutschlands zu sein. Er wird — auch wenn er es heute sich nicht so vorstellen sollte —, sobald man ihn in Deutschland einläßt, der natürliche und gefährliche Mittelpunkt der monarchistischen Propaganda sein.

Generalangeiger-Politik.

Wenn die „Breslauer Neuesten Nachrichten“ in ihren Ueberschriften und Fettdruck weltpolitische Prophezelungen zum Besten geben, die schon der nächste Tag widerlegt, so müssen sie dem Sensationsbedürfnis ihrer Leser wohl einen Gefallen damit tun, und da die Generalangeiger-Presse politisch von niemandem ernst genommen wird, so geschieht ja kein großer Schaden damit. So nachsichtig kann man aber nicht bleiben, wenn das Generalangeiger-Papier mit Informationen bedruckt wird, die Fragen der engeren schlesischen Heimat betreffen. Die zahlreichen Leser solcher falschen Informationen über schlesische Fragen könnten schließlich einmal vergessen, daß die gelbe Presse immer diejenigen Meldungen und Artikel bringt, mit denen sie gerade ein Geschäft machen kann. Sie könnten womöglich eine solche politische Information des Generalangeigers zum Anlaß einmal ernst nehmen.

Es mag noch hingehen, wenn die „Neuesten Nachrichten“ ab und zu behaupten, an der unglücklichen ober-schlesischen Entscheidung seien eigentlich die Gewerkschaften schuld, nämlich die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale, deren größte Landesorganisation bekanntlich die Freien Gewerkschaften Deutschlands sind. Niemand wird auf den Gedanken kommen, daß im Generalangeiger jemand das besagte Gutachten der Gewerkschaftsinternationale über Oberschlesien wirklich gelesen hätte. Die verantwortlichen Politiker aller Richtungen von ganz rechts bis ganz links können ja doch nicht über eine Lausache irren, wie die, daß die Gewerkschaftsinternationale eine ganz andere Regelung für Oberschlesien vorschlug als der Generalkonferenzrat, der von ganz anderen Wirtschaftskreisen, nicht zuletzt aus Oberschlesien selbst informiert worden war. Der Generalangeiger braucht auch nicht zu wissen, daß die erste ausländische Protesterklärung gegen die Genfer Entscheidung zusammen mit einigen vernünftigen Engländern dann gerade der Mitarbeiter dieses Gewerkschaftsorganisations, der Sekretär der Gewerkschaftsinternationale, Genosse Edo Jimmen, Amsterdam, veröffentlichte, der eine neue Abstimmung mit besseren Sicherungen forderte. Das sind schließlich alles historische Tatsachen, die der Generalangeiger nicht ändern kann.

Etwas zu stark ist es aber doch, wenn die „Neuesten Nachrichten“ jetzt sogar anfangen, Beschüsse der sozialdemokratischen Parteiorganisationen Schlesiens zu erfinden, wenn ihrer jeweiligen Hintermännern das gerade in den Kram paßt. Kann man da z. B. gestern auf der ersten Seite des Senatsprotokolls mit „Schlesien übertrifft“ und in Fettdruck lesen, daß die ober-schlesische Sozialdemokratie die Autonomie abgelehnt hätte und daß nun die Sozialdemokratie, Deutsche Volkspartei und Sozialdemokratie gemeinsam das Zentrum und die Polen bekämpfen. Einen Tag vorher konnten die General-Anzeiger-Korrespondenten in der „Volkswacht“ lesen, daß die Sozialdemokraten erst am Karfreitag in einer schlesischen Landeskonferenz Stellung zu der Frage nahmen, und daß jedenfalls eine gemeinsame Front mit den deutschen Sozialdemokraten, wie auch die schlesische Entscheidung fallen mag, ganz ausgeschlossen ist. Aber dem „General-Anzeiger“ paßte nun einmal ein Beschluß, den eine örtliche Versammlung in Oppeln, übrigens nicht einmal die der dortigen sozialdemokratischen Parteiorganisation, sondern eine örtliche Gewerkschaftsorganisation, in der Frage gefaßt hatte. Schon die „Schlesische Zeitung“ war sehr glücklich über diesen Beschluß, den ein Referat des Lehrers Gurus herbeigeführt hatte; sie hatte ihn wie eine Siegesmeldung fort auf der ersten Seite drucken. Der Generalangeiger aber macht aus einigen Oppelner Gewerkschaftsfunktionären rasch die ganze ober-schlesische Sozialdemokratie und gründet deren Koalition mit den deutschen Sozialdemokraten gegen das Zentrum. Die tiefen Bemerkungen, die auf solcher Grundlage über die Autonomiefrage dann noch gemacht werden, kann man sich vorstellen. Das Ganze nennt sich dann aber schlesische Generalangeiger-Politik. Ein Beispiel für viele, das vielleicht doch manchem Generalangeigerleser zur Warnung gereichen wird.

Der Kampf gegen den Krieg nach der Konferenz von Washington.

Von Edo Jimmen, (Amsterdam),
Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

Moralische Entwaffnung ist unmöglich ohne einen Beweis von Großherzigkeit bei den die Welt militärisch und wirtschaftlich beherrschenden Staaten. Die materielle Abrüstung besteht nicht nur in der Reduktion von Heer und Flotte. In Europa ist die Annullierung der inerrastierten Kriegsschulden und die Revision des Friedens von Versailles die materielle Voraussetzung aller moralischen Abrüstung.

Von dieser Einsicht sind bisher bei den ehemals feindlichen Völkern nur die Arbeiter durchdrungen. Allen voran die Arbeiter Frankreichs, die einzige Schicht des französischen Volkes, die sich rühmen kann, wirklich die „Friedenstradition“ zu vertreten, von der Briand soviel Redens macht. Ein Beweis für die friedliche Gesinnung der Arbeiter sind die großzügigen Aufbaupläne der französischen Gewerkschaften, die nur zumal seit Poincarés Briands Nachfolger geworden ist, wahrscheinlich amtklich hintertrieben werden.

Durch die Tanks, Luftschiffe, Flugzeuge und die todbringenden Gase ist das Wesen des Krieges vollkommen verändert. Nur über die Verwendung der letzteren hat die Konferenz einen Beschluß gefaßt: sie hat sie verboten. Dieser Beschluß scheint sehr radikal, aber werden durch ihn auch die chemischen Untersuchungs-laboratorien verboten, die die Heeresverwaltungen der verschiedenen Länder eingerichtet haben, Laboratorien, in denen die Erfinder weiterfein, Gase zum Angriff zu entdecken und Schutzmittel gegen diese neu entdeckten Gase ausfindig zu machen? In keiner Weise.

Freilich muß zugegeben werden, daß bei Gasen und Luftwaffen die Aufgabe eben kaum in technischen Abrüstung bestehen kann. Es ist unmöglich, den Bau von Luftschiffen und Flugzeugen zu verbieten, ohne technische Zukunftsmöglichkeiten zu unterbinden, die für den Verkehr von großer Bedeutung werden können. Man kann auch nicht chemische Fabriken verbieten oder ihre Errichtung in einem bestimmten Verhältnis festlegen. Wie leicht sie auf die Herstellung von Giftgasen für Kriegszwecke umgestellt werden können, hat der letzte Krieg bewiesen. Damals war die Umstellung eine Neuheit. Jetzt hätte man Routine.

Gerade bei diesen Waffen, die im Krieg der Zukunft die erste Rolle spielen werden, zeigen sich die Grenzen der technischen Abrüstung. Wie durch ein teuflisches Verhängnis verquicken sich in unserer Zeit die Fortschritte der Technik für Krieg und Frieden zu einer unlöslichen Einheit. Eben deshalb sind die moralische Abrüstung und alle Mittel, sie herbeizuführen, das erste Erfordernis.

Wenn jemals der Kampf gegen den Krieg eine sittliche Pflicht war, so ist er es jetzt, wo die moderne Technik die Schrecknisse des Massenmordes nicht nur in die Reihen der Soldaten bringen wird, sondern auch wehrlose Frauen und Kinder mit ihnen bedroht. Die Zivilbevölkerung wird unvergleichlich mehr als früher das unmittelbare Opfer des Krieges der Zukunft sein. Hier gibt es für die organisierte freie Arbeiterschaft keine Alternative und darf es keine geben. Für sie ist die Ausschaltung des Krieges keine „eitle Hoffnung“, sondern ein mit ihrem gesellschaftlichen Programm untrennbar verbundenes Ziel. Sie würde sich selbst als geschichtliche Macht aufheben, wenn sie die bürgerliche Steppis teilte, daß die Überwindung des Krieges unmöglich wäre. Diese bürgerliche Steppis ist nur das philosophische Mäntelchen für den entschlossenen Willen der kapitalistischen Staaten, auf den wirtschaftlichen und politischen Militarismus unter keinen Umständen zu verzichten.

Die europäischen Gewerkschaften haben mit vollem Bewußtsein der Aufforderung nicht Folge geleistet, eigene Vertreter der Arbeiterorganisationen mitzugeben. Die Arbeiter haben keinen Grund, eine Konferenz zu beschiden, auf der sie als Vertreter zweiten Ranges fungiert hätten, ohne die Möglichkeit, entscheidend in das diplomatische Kaderwerk einzugreifen.

Der Internationale Gewerkschaftsbund hat in den zwei Jahren seines Bestehens nie einen Zweifel darüber gelassen, daß die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter den Kampf gegen den Krieg führen werden, sowohl national wie international. Der gesamte Kampf der Arbeiterklasse um die volle Verwirklichung der Demokratie in der Wirtschaft, der Verwaltung, der Rechtsprechung, der Erziehung, — der gesamte Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaft ist zugleich und notwendigerweise ein Kampf gegen die Ursachen der imperialistischen Kriege, die nur mit dieser Gesellschaft selbst beseitigt werden können.

Aber diese gleichsam unwillkürliche Bekämpfung des Krieges reicht nicht aus. Die Arbeiterklasse muß durchdringen werden mit dem Willen, imperialistischen Krieg auch innerhalb des noch bestehenden kapitalistischen Systems nicht mehr zu dulden.

Für diesen Kampf muß ein sorgfältig durchdachtes Programm gefunden werden. Es ist eine Utopie, schlechthin den Krieg zu bekämpfen. Den Krieg gibt es nicht, eben so wenig wie es die Krankheit gibt. Es kommt darauf an, den besonderen, da und dort auftretenden Kriegsgefahren, zielbewußt, planmäßig entgegenzutreten.

Sowie Soldaten für den Krieg ausgebildet werden, müssen die Arbeiter, und insbesondere die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter für die Erhaltung des Friedens geschult werden. Sowie die Generalstäbe in den kapitalistischen Staaten im vornherein strategische Pläne für die Kriegsführung ausarbeiten und dabei von genau ermittelten Möglichkeiten künftiger Kriege ausgehen, müssen in jedem Lande Generalstäbe der organisierten Arbeiterklasse vorhanden sein, die technisch die Pläne zur Abwendung der Kriegsgefahren ausarbeiten. Die Mobilisierung gegen einen Krieg muß mit derselben Präzision organisiert werden können wie die Mobilisierung, die im Jahre 1914 die Länder in Heerlager verwandelte. Dabei kommt es freilich darauf an, daß diese Pläne nicht leere Allgemeinplätze beinhalten, sondern von klar ermittelten Situationen ausgehen. Wenn die Regierungen mit Krieg drohen, müssen die Arbeiter die chemischen Fabriken, in denen die tödlichen modernen Waffen hergestellt werden, verlassen; die Eisenbahnen müssen den Transport der Truppen verweigern, die Bergleute keine Kohlen für die Rüstungsindustrie liefern. Das gesamte wirtschaftliche Leben, soweit von ihm die Durchführung des Krieges abhängt, muß in ein paar Tagen genau so außer Tätigkeit gesetzt werden, wie es im Kriegesfall bisher von den kapitalistischen Regierungen in erhöhte Bereitschaft versetzt wurde.

Die Katastrophe der Internationalen Solidarität von 1914 darf sich nicht wiederholen. Über damit sie sich nicht wiederholt, muß eine mächtige organisatorische Arbeit geleistet werden. Zu dieser Arbeit den Grund zu legen, hat der Internationale Gewerkschaftsbund im vergangenen November die eigene Entwaffnungskonferenz der Gewerkschaften nach Amsterdam einberufen, deren Beschlüsse bekannt sind.

Der Zweifel an dem Ernst dieser Beschlüsse, der hier und dort auch in Arbeiterkreisen auftauchte, ist nicht durch Worte zu beheben.

Es wäre auch durchaus verfehlt, die Kräfte der Arbeiterklasse, ihre einheitliche nationale und internationale Widerstandskraft und Disziplin zu übersehen. Aber wenn solche Resolutionskonferenzen auf Papier geblieben sind, so ist der Grund eben diese Skepsis, dieser Unglaube an die eigene Aktionskraft, der oft genug auf mangelnder Entschlußfähigkeit beruht, in neuen Bahnen zu denken und zu wirken. Die Führer in jedem Lande müssen sich über die konkreten Maßnahmen Klarheit verschaffen, die im Falle eines drohenden Krieges zu ergreifen sind, sie müssen verstehen, daß der Träger des Widerstandes gegen den Krieg nicht die Parlamente sein können, sondern nur die organisierte Klasse selbst. Geschieht das nicht, so wird

die Arbeiterklasse von dem nächsten Krieg genau so überrollt werden wie 1914.

Hier hat die Arbeiterbewegung, hier haben besonders die Gewerkschaften unerlöschliche Kräfte zur Verfügung. Die letzten Jahre haben bewiesen, daß sich mit diesen freiwilligen Armeen Siege erkämpfen lassen.

Das provisorische Komitee der Gewerkschaftsinternationalen zur Bekämpfung von Krieg und Militarismus kann die umfassende Aufgabe, die ihm die Konferenz angewiesen hat, jedoch nur mit Erfolg in Angriff nehmen, wenn alle Landeszentralen, alle Vorstände der großen Landesverbände, alle internationalen Berufssekretariate, in ihrem Bereich mit der Vorbereitung beginnen, wenn sie die Resolutionen zur Tat werden lassen. Dann und nur dann wird der Klassenkampf des Proletariats zur Befreiung der Arbeit führen, wenn seine Soldaten zugleich disziplinierte Kämpfer sind. Der Kampf gegen den Krieg wird nicht auf Konferenzen entschieden. Weder erzielte Verträge, noch bloße Resolutionen werden diesen Gegner zu Boden ringen. Der Friede muß mit derselben jähren Sachlichkeit vorbereitet und erkämpft werden, wie bisher die Kriege. Nur der in schlafgeraten Arbeiter-Armeen verkörperte Friedenswille des internationalen Proletariats ist imstande, die Armeen der kapitalistischen Staaten ohne Schwertstreich zu entwaffnen.

Die Not der besetzten Gebiete vor dem Reichstag.

Im Reichstag gestaltete sich am Donnerstag die Beratung des Etats des Schatzministeriums zu einer Aussprache über die Zustände im besetzten Gebiet. Namens der sozialdemokratischen Fraktion übte Genosse Stülcken, der Berichterstatter des Ausschusses, eine ebenso eingehende wie tiefgründige Kritik an den durch die Besetzung geschaffenen abnormen Verhältnissen. Er schilderte die Übergriffe von Besatzungsbehörden, tadelte scharf die Verweigerung an einer Reihe marikanter Einzelbeispiele, wie im Rheinland durch die Besetzung und die Zivilverwaltung Geld verweigert wird. Der Redner unterließ auch nicht, auf jene einheimischen Besatzungsgegner hinzuweisen, die für Eingewanderte oder andere Leistungen ganz unerhörte Entschädigungen beanspruchen. Die heimische Bevölkerung insgesamt ertrage aber die Lastungen und Leiden der Besetzung mit großer Würde und verdiene dafür den Dank des ganzen Volkes. Stülcken verlangte größte Sparsamkeit auf allen Gebieten der Verwaltung, beantragte jedoch eine sofortige Aufhebung des Reichsschatzministeriums als unmöglich. Der deutschnationale Schulz-Bromberg leitete sich den Scherz, die Rede unseres Genossen als übernationalistisch zu bezeichnen. Er begründete unter heftigen Angriffen auf das Schatzministerium den Antrag seiner Fraktion auf Auflösung dieses Ministeriums zum 1. April 1923. Selbst der vorterritoriale Redner Dr. Kramer mußte diesen Antrag bekämpfen. Neben manchem Kritischen mußte dieser Redner auch einiges Günstige über die Arbeit des Ministeriums zu sagen. Derjenige, der die Besetzung des Gebietes betreffende Aufgaben, alle auch die wirtschaftlichen, auf das Staatssekretariat für die besetzten Gebiete übertragen werden sollten, leitete den Redner dabei weniger Dinge der Zweckmäßigkeit, als vielmehr das Bestreben des Zentrums, den Einfluß des seiner Partei angehörigen Staatssekretärs Brügger möglichst zu vergrößern und dadurch die bisher noch durch zweifelhafte Erfüllungsberichte dieses Amtes zu erweitern. Herr Lange-Segemann glaubte auch darüber klagen zu müssen, daß die Beamten im besetzten Gebiet vielfach nicht das nötige Verständnis für die Leiden der Bevölkerung hätten.

Auf die Klagen des Redners antwortete der Reichsschatzminister Bauer, der ihre Berechtigung durchaus bestritt und darauf hinwies, daß möglichst viel geldernde Kleinländer in die führenden Beamtenstellen herbeiführt werden. Zu den Beschwerden über harte Vergrößerung bei der Herstellung von Besatzungsbauten antwortete der Minister, daß auch diese durchaus unangelegentlich seien; bei näherer Prüfung der Einzelfälle ergebe sich immer wieder, daß den Besatzungsbehörden keine berechtigten Vorwürfe gemacht werden können. Es geht überdies nicht an, dem Reich Besetzungen zur Steuerung der über die Besatzungsgebiet hinausgehenden Wohnungsnot zuzumuten. Das Staatssekretariat für die besetzten Gebiete werde gleichfalls keine Wunder tun können, wenn man ihn jetzt die dem Schatzministerium obliegenden Aufgaben überträgt. Bauer betonte mit allem Nachdruck, daß sein Ministerium die Not der besetzten Gebiete sehr wohl wisse und mit der Bevölkerung im besten Einvernehmen arbeite. Der Minister kam dann nochmals auf die Rede des Abg. Schulz-Bromberg zurück und betonte die Tätigkeit des Reiches im besetzten Gebiet. Von einer Aufhebung des Schatzministeriums zu dem von den deutschnationalen verlangten Termin könne angeht, der noch zu lösenden

großen Aufgaben keine Rede sein. Bauer wies zum Schluß die Angriffe gegen sein Ministerium wegen angeblicher Beamtenkorruption zurück und ging namentlich auf den Fall Morvillius ein, bei dem der Regierung ein berechtigter Vorwurf nicht gemacht werden könne. Morvillius sei übrigens seinerzeit von einem Beamten des alten Regimes eingestellt worden. Die strenge Untersuchung habe gegen den Beschuldigten keine dienstlichen Beförderungen ergeben. Von dem Dapelleben des Morvillius sei der Reichstreuhandgesellschaft nichts bekannt gewesen. Für die Demokraten sprach Gothein, der auf die Ueberproduktion an Getreide hinwies und auch von den Abgeordneten etwas mehr Bescheidenheit in dieser Beziehung wünschte. Es gehe nicht an, so sagte der Redner, daß jemand gleich ein Reichsgesetz verlange, sobald ihn ein Hühnerauge quäle. Sehr scharf polemisierte Gothein gegen Schulz-Bromberg. Die Rede Stülckens verdiene die Anerkennung ganz Deutschlands und sollte in der ganzen Welt bekannt werden, der deutschnationale Redner aber demüdigere sie als nationalistisch und verurteile sie dadurch um ihre Wirkung auf das Ausland zu bringen. Ebenso entschieden wandte sich Gothein gegen das dreifache Wort von der „Uderwirtschaft“ der jetzigen Regierung, was nicht minder eine Demütigung an das ehemals feindliche Ausland bedeute. Mit dieser Rede war die Debatte erschöpft und die Sitzung wurde geschlossen. Ueber die vorliegenden Anträge und Entschlüsse soll am Freitag abgestimmt werden.

Englische Kulturpropaganda in Lettland.

In der Wochenausgabe des Manchester Guardian veröffentlicht Sir Alfred T. Davies einen Aufsatz zur Fortsetzung der englischen Kulturpropaganda in Lettland. Zwei große Sendungen, die auf Anregung des Lord Ragots von London gesammelt worden waren, sind bereits nach Riga verschifft worden und dort eingetroffen. Die große Schenkung hat in dem jungen Staat wie der Dank des Ministerpräsidenten Meierovics bezeugt, großes Interesse hervorgerufen, hat doch die Republik Lettland das Englische zur zweiten Staatsprache (nach der lettischen Nationalsprache) erkoren. Sir Alfred T. Davies ist der Meinung, daß derartige private Bemühungen der Engländer um die kulturellen Interessen Lettlands erwünscht seien, nicht zuletzt für England, das die drei letzten Jahre Riga, Vidau und Windau, wie Davies ganz offen schreibt, als nördliches Einfallstor für seinen Handel mit Rußland betrachtet. „Es sollte in Großbritannien mit Dankbarkeit begrüßt werden“, so läßt sich Sir Alfred vernehmen, „daß ein Volk, dessen geistiges Leben bis vor kurzem bis zur völligen Unterdrückung zurückgeworfen war, und das abwärts zum Preußentum und dem Bolschewismus, die es dann angegriffen haben, tapfer Widerstand geleistet hat, sich in der Stunde der Not entschieden an uns wendet, um unsere Sprache zu erlernen und sich etwas von unserer Denkungsart anzueignen. Freundschaftliche Beziehungen zwischen den Völkern werden fester geknüpft durch Beweise der Sympathie und Güte, die man einander erweist, als durch Anstrengungen der Diplomaten oder Herrscher.“

Für Opatanten aus Polen.

Wie uns von ausländischer Seite mitgeteilt wird, verlangt die polnische Regierung von den Opatanten bei ihrer Auswanderung aus Polen die Hinterlegung sogenannter Steuerpfänder. Diejenigen, welche hiervon betroffen worden sind, werden ersucht, ihre Erfahrungen bei der Volksetverwaltung ihres Vaterlandes zu Protokoll zu geben.

Eine Betriebszählung in den Vereinigten Staaten.

Nach einer jetzt ausgewerteten Zählung der Betriebe in den Vereinigten Staaten vom Jahre 1919, einem Jahr der Hochkonjunktur, beschäftigten die insgesamt erfassten 290.105 Betriebe 9.096.372 Arbeiter. Darunter befanden sich Kleinbetriebe mit 1-5 Beschäftigten, auf die 312.404 Arbeitnehmer entfallen. Auf Betriebe mit 6-100 Beschäftigten kommen 2.356.985 Arbeitnehmer, auf solche mit 100-1000 Beschäftigten 4.037.084 Arbeitnehmer. Mehr als 1000 Arbeiter beschäftigten 1019 Betriebe mit 2.390.019 Arbeitnehmern.

Gefängnis für einen Verleumder.

Der Redakteur der „Deutschen Zeitung“ von Schilling, ein eifriger Kämpfer und wohlbestandener Verleumder ehrenhafter Persönlichkeiten ist im Verleumdungsprozeß des Abgeordneten Bauer, Reichsminister a. D. Wiffel und Reichstagsabgeordneter Hoch zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Auf Grund des Gesetzes vom 21. Dezember 1921 über die Umwandlung kurzfristiger Gefängnisstrafen ist die Strafe in 20.000 Mk. Geldstrafe umgerechnet worden. Die Verleumdung der Privatnager bestand in der verleumderischen Behauptung, daß die genannten Persönlichkeiten den Abschluß eines Vertrages zwischen dem Deutschen Reich und dem Großrussen Kahn zum Nachteil des Reiches gefördert haben und zwar aus Gründen der Privatinteressen, um für sich und die sozialdemokratische Partei politische Vorteile zu ergattern. Der Artikel, in dem diese Verleumdungen ausgesprochen waren, entstammte der sogenannten Korrespondenzblätter und war verfaßt von Herrn Adolf Zimmermann, Redakteur der „Deutschen Tageszeitung“, der aber vorsichtigerweise seinen Namen nicht genannt hatte, weshalb er nicht unter Strafantrag stand.

Das neue Karthago.

Von Georges Gethon.

18)

(Katholik verboten.)

Die Forderungen erschienen vor Gericht, und solange der Prozess dauerte, hatte ein starkes Aufgebot von Gendarmen und Soldaten Mühe, sie gegen eine prompte Kollisions zu schützen, besonders gegen die in Kollisionslinie umgewandelten Frauen, die sie mit ihren Hähnen getrieben hatten. Die Verhandlungen hatten nämlich sehr ungewöhnliche Umstände: da waren Anwesen der Frauen, die sie fast ertranken, und man hatte sogar angefangen, Anwesende zu verurteilen. Kinder waren handlang bis zum Hals vergraben worden, andere wurden gezwungen, die widerlichsten Dinge zu essen, und noch andere, sich zu prügeln, obwohl sie keinerlei Schuld hatten. Die gerichtliche Untersuchung befreite zwar den Verdacht einer direkten Mitschuld von Sejards Vater an den Taten seiner Untergebenen, aber die Nachlässigkeit und Fahrlässigkeit des Direktors traten erdrückend zu Tage. Die Gesellschaft hatte ihn entlassen, aber das öffentliche Gewissen war noch nicht befriedigt; man stellte Sejards Vater den mit Juchhaus bekränzte Holzernter gleich, und so mußte er unter dem Druck des Volkswillens die Stadt verlassen. Ein Umstand, der durch alle Aussagen bestätigt wurde, trat zu dieser Verbanung bei. Der Sohn des in Ungnade gefallenen Direktors, damals ein fünfzehnjähriger Schüler, hatte mehr als einmal jenen Schachspielen begünstigt und nach Aussage der Beteiligten ein gewisses Vermögen daran gefunden. Die Führer im Prozess hatten in ihrer Erregung beinahe auch eine Gefängnisstrafe für den heimtückischen Pennaler gefordert, der sich wohl gehütet hatte, seinem Vater die Augen zu demüdigern, die ihm so auftragende Gesetze verstoßen.

Fünfundzwanzig Jahre später erfuhr man, daß Sejard Sohn in jenseits der Welt war. Sein Vater war in Lepus reich geworden und hatte ihm bedeutende Reize und Ausstattungen in Hinterlassenschaft, Domänen, so groß wie ein Königreich, bedient von einer Armee von Regern. Vor dem Ausbruch des Spanisch-Französischen Krieges wurde er in Amerika, weniger aus

Solidarität mit den Sklavenhaltern, als um den Rest seiner Besitzungen zu verteidigen. Als Guerillero kämpfte er in der Prairie gegen die Kämpfer des Nordens. Nach dem Friedensschluß war er trotz schwerer Verluste immerhin noch mehrjähriger Missionär, und er lehrte nach Antwerpen zurück, vielleicht in der Absicht, seinen Namen von dem dazwischen liegenden Mittel zu reinigen.

Das war, was man ungefähr über Sejard und seine Anfänge wusste und was er selbst in den Augenblicke guter Laune mit einer gewissen Präzision eingezogen. Seine gegenwärtige Reichweite und die Art seiner Auftritte als Missionar, die ungeheuren Unternehmungen, durch die er zu dem höchsten Grade seiner Reichtümer gelangte, offenbarten ihm alle Arten, wenigstens die der einheimischen Patrijar- Bourgeoisie sollten ihm ebensoviele Achtung wie das kleine Volk.

Wenn niedrige Schweißmedler und Schweißler sowie Spensanten, die nicht nach der Herkunft von Millionen fragen, die Vergangenheit zerlegen, so erinnern sich die künftigen Bewohner, die Antwerpen von alten Scherz und Korn, nach der früheren Skandale und hegen für Freddy Sejard nur Verachtung. Dazu hatten noch andere Gründe, die, man wußte nicht wie, über Meer gekommen waren, auch neuer Vorwissen in ein großes Licht gestellt. So behauptete man, er habe aus Aut über den Sieg der Nordamerikaner, deren abholitionistischer Feldzug sein Vermögen schädigte, nach dem Friedensschluß seinen Regern nicht die Freiheit gegeben, sondern sie zu einem heimlichen Sklavenhandel von den Antillen verbannt, und deshalb habe er seine zweite Heimat verlassen müssen, weil er die Detente des Siegers umgangen hatte. Nach einer anderen Darstellung hätte er lieber alle seine Regere erschlagen, als daß er sie dem Diktat gemäß befreite hätte.

Für die, welche diesen Gerüchten Glauben schenken, waren die jetzigen fortwährenden Ideen Sejards besonders anstößig. Aber die reichen Kaufleute jenseits der Alpen zu diesen Geschichten, welche sie als Fabeln betrachteten, die von den Rednern und den politischen Gegnern des Umwälzungs erfinden waren. Herr Dobouzie war einer jener unermüdeten Geister, die für Sejard zwar keine Sympathie empfanden, da das nicht in ihrer Gewohnheit lag, die sie aber über die Reizung der kleinen Leute und der üblichen Hinwegführung und nicht dulden wollten, daß man den reichen, unternehmenden Redner für einen Feind oder vielmehr für einen Verräter, für den sein Vater schwer ge-

büßt hatte, verantwortlich machte. Herrn Dobouzie zufolge waren so viel Jahre Verbannung eine genügende Strafe für den ungeschickten Direktor gewesen, und man brauchte also nicht noch seinen Sohn dafür büßen zu lassen.

Saint-Gardier empfand für den kühnen Sejard die Bewunderung eines Kenners. Er hätte ihn sogar als grausamer und treuer Spion dienen mögen, denn er hielt blood hounds, mit denen die Wälder flüchtige Reher verfolgten. Im Grunde genommen war er ungeduldig über die Strupeln des fortgesetzten Dobouzie; sein wirklicher Genosse wäre Sejard gewesen.

Lorenz hatte diesen wichtigen Mann früher nie gesehen; er wußte nichts von all dem Guten und Schlechten, was über ihn erzählt wurde, und folglich konnte er keinen Vorteil gegen ihn hegen, aber er empfand einen Widerwillen gegen ihn, als er sah, wie dieses faule Gesicht Gina anlockte, und das verdrößt ihn fast den hoffnungsvollen Anfang des Tages. Er hatte eine lächerliche Ahnung, sein Herz krampte sich zusammen, und als er sich von dem Redner abwandte, um die Landchaft wieder zu betrachten, schienen die über ihm eine schmerzliche Traurigkeit zu verbreiten.

In dem Augenblicke, wo die fulminante Werk hinter einer Wundung der Seele verschwinden sollte, nahm der komplizierte Apparat des den im Bau befindlichen Schiffsstumpf umgebenden Gerüsts das Ansehen eines ungeheuren Skeletts an, am dem hier und dort fleischige und verbrannte Kleidungsstücke hingen. Aber diese düstere Vision dauerte nur eine Sekunde, und der Reiz anderer Ansichten beruhigte die eine Weile getriebene Stimmung Vorüber.

Man hatte sich nicht die Mühe gegeben, den jungen Karthago dem Eigentümer der Nacht vorzustellen, und mehrere Male warf neuer einen mißtrauischen Blick auf den Jungen, der in seinem neuen Anzuge sich noch unbehaglich vorfand und sich in der Entfernung hielt, indem er mit einer naive Bewunderung die starrliche Landchaft betrachtete, die nach der Ansicht der professionellen Touristen so flach und eintönig ist.

Sejard erwiderte sich nach dem Eindringling, denn er wollte schon das Schiff halten und ihn aus Land lassen lassen. „Lassen Sie ihn nur“, sagte die elegante Saint-Gardiers, indem sie über seinen Jermum lachte, „es ist ein kleiner, armer Mensch, aber er hat einen Namen, er hat einen Namen, er hat einen Namen, und das ist es ohne Zweifel, was ihn so schweigend macht.“

(Fortsetzung folgt.)

Eine amerikanische Automobilfabrik in Hamburg?

Hamburg, 2. März. (Eigener Drahtbericht.) Der Berliner „Tag“ machte vor einigen Tagen eine aufsehenerregende Mitteilung über die geplante Niederlassung des amerikanischen Automobilfabrikanten und Milliardärs Ford in Hamburg. Er nannte diesen Plan „eine wirtschaftliche und nationale Gefahr“ und die Reichspressen im Reich übernahm diesen Alarmruf sofort. Nach den Meldungen des „Tag“ soll es sich darum handeln, daß Ford eine Automobilfabrik zu gründen beabsichtigt, die 40 000 Arbeiter beschäftigen soll. Wie der Hamburger Korrespondent des „Sozialdemokratischen Parlamentsdienstes“ hierzu erfährt, ist es richtig, daß vor ungefähr sechs Wochen durch einen Vertreter Fords versucht worden ist, in Hafensorten an der Wasserfront geeignetes Gelände zu erwerben, und daß auch Verhandlungen in Hamburg stattgefunden haben. Verhandlungen in Bremen, Wilhelmshaven und Rüttingen führten zu keinem Erfolg, da geeignetes Gelände nicht vorhanden war. Die Verhandlungen in Hamburg sind nicht wieder aufgenommen worden, also über das Anfangsstadium nicht hinausgekommen. Die Arbeitererschaft hat kein Interesse daran, gegen den genannten Plan Stellung zu nehmen. Die Hamburger Arbeitererschaft und die Gewerkschaften stehen einem Unternehmen, wie es von Ford geplant wurde, sympathisch gegenüber.

Die Grundsteuerberatungen.

Im Grundsteuerauschuß des Preussischen Landtages wurde am Donnerstag über die Grundsteuer gesprochen. Genosse Lüdemann wünschte nicht eine vorläufige, sondern eine endgültige Regelung; ferner die Bemessung der Steuer nach dem gemeinen Wert für Stadt und Land, eine ausgleichende Belastung für die städtischen und ländlichen Bezirke und die soziale Lastenbemessung. Der Finanzminister verteidigte eingehend den Entwurf und begründete die Notwendigkeit seiner Annahme mit der finanziellen Lage des Staates. Die Deutschnationalen wandten sich nachdrücklich gegen das Gesetz. Auch die Deutsche Volkspartei ließ durch ihre Vertreter verschiedene Einwendungen machen, erörtere sich aber grundsätzlich für das Gesetz. Die Volksparteier äußerten hauptsächlich, daß die Betriebsmittel nicht verteilt werden, weil insbesondere die Landwirtschaft neue Lasten nicht tragen könne. Die Kommunisten äußerten sich gleichfalls grundsätzlich für den Entwurf, kündigten aber gleichzeitig Verbesserungsanträge an. A. Löffel vom Zentrum erkannte die Notwendigkeit des Gesetzes nicht an. Der Unabhängige Reichstag in der Absicht des Gesetzentwurfes ein Mißtrauensvotum zu stellen, daß keine Fraktion beantragen werde, alle kleinen Wohnungen von der Steuer freizulassen. Die Beratung wird am Freitag fortgesetzt.

Böhlige Polonisierung des oberhessischen Alerus?

Nach einer Meldung der „Gonice Stadt“ hat der polnische oberste Volksrat in einer Sitzung in Katowitz einstimmig eine Entschließung angenommen, sich mit der Bitte an den Apokostolischen Stuhl zu wenden wegen Abänderung der oberhessischen Bischofsverfassung von der Breslauer Diözese und Errichtung eines selbständigen oberhessischen Bistums.

Aus aller Welt.

Der Einbruch bei Adolf Hoffmann. Die Einbrecher, die im Herbst des vergangenen Jahres bei Adolf Hoffmann einbrachen und nach Angabe Hoffmanns für 64 000 Mark Werte mitgehen ließen, fanden am Donnerstag vor der Strafkammer des Landgerichts I Berlin. Der Staatsanwalt beantragte gegen den einen Angeklagten, einen Maschinenarbeiter, ein Jahr sechs Monate Zuchthaus und gegen den anderen, einen Fabrikarbeiter, ein Jahr Zuchthaus. Das Gericht sprach den zweiten Angeklagten frei und verurteilte die Verhandlung gegen den anderen Angeklagten, da es angebracht erschien, den angebotenen Alibibeweis näher zu prüfen. Beide Angeklagte bestritten ihre Tat.

Die Uhr des Kronprinzen. Ein Wirt aus Charleville wurde vor einiger Zeit in einem Tingelangel im Montmartre wegen Trunkenheit und unter dem Verdacht des Diebstahls verhaftet. Unter anderem fand man bei ihm eine in Diamanten gefasste Uhr mit einem Totenkopf und zwei Weinen auf der Rückseite. Er erklärte, dies sei ihm von seiner Schwägerin Madame de Beurrier zum Verkauf anvertraut worden, die sie im Kriege vom deutschen Kronprinzen als Geisel erhalten habe. Wille Beurrier ist die Tochter des Besitzers einer Antikernische in Charleville, die seine königliche Hoheit gern mit ihrem Besuch beehrte, bis die hübsche Tochter seine Geliebte wurde. Er nannte sie Bébé, und der Kronprinz hieß in Charleville in Anlehnung an das bekannte Lustspiel von Angier „Le genre de Monsieur Beurrier“. Alles hat ein Ende. Beim Rückzug sagten sich die beiden „au revoir“ und lösten sich tatsächlich auf der Insel Wieringen wiederzusehen haben. Aber es war offenbar nicht mehr das gleiche dem „Bébé“ hat geheiratet und sich pietätlos, wie Frauen manchmal sind, des teuren Andenkens des Totenkopfschulden entledigt. Solange es bei ihm noch heiß, immer feste drauff“, freute sie das Spielzeug. Jetzt ist er eine gefallene Größe und seine Uhr mit dem Totenkopf abgelaufen.

Hilftiger Stadtkassenrentant. Der Hauptkassenrentant Becker vom Magistrat in Salzburg ist unter Mitnahme von Kassengeldern in Höhe von einer Viertel Million flüchtig geworden.

Gewerkschaftsbewegung.

Lohnforderungen der Friedhofarbeiter.

Die im Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter organisierten Kirchhofangestellten hatten wegen nichtbewilligter Lohnforderungen Klage gegen die evangelischen Parochialverbände beim Schlichtungsausschuß eingereicht. Sie gehören nicht gerade zu den hoch entlohnten Arbeitern (3,92 Mark bis 5,83 Mark pro Stunde) und verlangen eine Stundenzulage von 1 Mark für Gruppe 1 und 2, 1,80 Mark für Gruppe 3 und 4 und 1,50 Mark für Gruppe 5. Für die Arbeitgeber sprach der Pastor von der Elbkauend-Jungfrauen-Kirche, welcher besonders die Verhältnisse seiner Gemeinde beschrieb, die, wie er sagte, aber auch bei den anderen Parochien ziemlich die gleichen waren. Die Löhne könnten nicht erhöht werden, weil die Kirche nicht wie der Staat die Möglichkeit hätte, ihre Steuern beliebig zu erhöhen. Es gibt hier eine Grenz, und diese sei bereits erreicht. Vor 4 Jahren sind aus dem Friedhofsbetrieb noch Ueberflüsse erzielt worden, jetzt sei nur ein Defizit zu verzeichnen, das im letzten Jahre bereits 34 000 Mark betragen habe. Vor dem 1. April könne überhaupt keine Lohnhöhung gewährt werden, also auch keine Nachzahlungen, weil dann die Kirchhofgebühren eine Erhöhung erfahren würden. Ein Anschlag der Arbeitgeber an das Lohnamt und dementsprechend monatliche Verringerung der Löhne, sei nicht möglich, weil die Pflegegebühren für das ganze Jahr im voraus erhoben werden. Die Fälle, in denen Grabpflege gewünscht wird, hätten jetzt auch um 25 Prozent abgenommen. Am Laufe des Jahres 1921 sei der Lohn sowieso schon von 2,20 Mark nach und nach auf 5,23 Mark erhöht worden und betrage seit 1. Februar dieses Jahres 6,23 Mark. Außerdem seien die Friedhofarbeiter auch Totengräber und bekämen pro Begräbnis 4—8 Mark; dies würde also eine Lohnhöhung von 1 Mark pro Stunde ausmachen. Dies wurde von der Arbeitnehmerseite bestritten. Im letzten Jahre hätten sie dafür 781 Mark pro Person verdient; davon mußten sie aber selbst die schwarze Kleidung kaufen.

Der Vertreter des Transportarbeiter-Verbandes wehrte sich weiter gegen den Vorwurf, daß die Politik des Verbandes dahin führe, die Arbeitslosigkeit zu vergrößern. Der Verband habe nur die wirtschaftlichen Interessen seiner Mitglieder im Auge.

Der Schlichtungsausschuß wies den Spruch, daß vom 1. Februar ab die Lohnzahlungen nach dem von den Arbeitgebern gemachten Vorschläge geregelt werden sollen; Nachzahlungen für Januar werden nicht bewilligt, aber vom 1. März ab ist ein Lohnzuschlag von 1 Mark für die Stunde zu zahlen. Die Arbeitnehmer erklärten sich damit einverstanden, die Arbeitgeber wollen sich erst nach 10 Tagen Sedenheit entscheiden.

Vergleich in der Heimarbeit im Schneidergewerbe.

In Sadowitz, Ostpreußen und Westpreußen-Heimarbeitern gegen den Verband der Jungmeister hat der Schlichtungsausschuß den Parteien folgenden Vergleichsvorschlag unterbreitet:

Die Heimarbeitern erhalten von dem Lohn 62 1/2 Prozent, die Jungmeister 37 1/2 Prozent. Wird das Stück vom Meister nicht eingezeichnet, erhält die Heimarbeiterin 65 Prozent, der Jungmeister 35 Prozent. Die Arbeitnehmer haben für Einverständnis damit erklärt. Die Meister sind gehalten, bis zum 4. März eine Erklärung abzugeben.

Allgemeinverbindlich erklärte Tarifverträge der Metallindustrie.

Durch den Reichsarbeitsminister sind neuerdings für allgemeinverbindlich erklärt worden nachstehende Tarifverträge der Metallindustrie:

1. der Interessengemeinschaft Breslauer Automobilwerkstätten vom 31. Oktober 1921;
2. des Reichsverbandes der Chirurgie-Mechanik vom 2. Oktober 1921;
3. des Schlesischen Arbeitgeberverbandes des elektrotechnischen Gewerbes vom 22. Oktober 1921;
4. der Vereinigung der Blei- und Feinblech verarbeitenden Industrien vom 13. Oktober;
5. der Vereinigung Breslauer Beleuchtungs-Geschäfte und Installateure vom 25. Oktober 1921;
6. der freien Vereinigung der Juweliere, Gold- und Silberschmiede, vom 10. November 1921, gültig für die Goldschmiede, Goldpoliererinnen und Hilfsarbeiter usw.;
7. des Verbandes der Zentralheizungs-Industrie, Gruppe Schlefien, vom 13. Oktober 1921;
8. des Reichsverbandes Deutscher Fahrrad-Nähmaschinen- und Motorfahrzeughändler, Ortsgruppe Breslau, Nachtrag vom 9. November 1921 allgemeinverbindlich ab 14. Novbr. 1921.

Die obengenannten Tarifverträge sind sämtlich allgemeinverbindlich mit Wirkung vom 1. Oktober 1921.

Neue Lohnbewegung unter den Hamburger Werftarbeitern, Hoch- und Straßenbahnern. In einer Versammlung der im Transportarbeiterverband organisierten Straßen- und Hochbahnner wurde beschlossen, im Hinblick auf die fortgesetzte Steigerung der Lebensmittelpreise mit den Direktionen über neue Lohnforderungen zu verhandeln. Entgegen der früher gelübten Taktik wurde vorgeschlagen, von der Auffstellung bestimmter Forderungen zunächst Abstand zu nehmen und die Regelung der Löhne dem Schlichtungsausschuß zu überlassen. Damit erklärte sich die Versammlung nach längerer Aussprache einverstanden. Außerdem fanden Verhandlungen über die Lohnforderungen der Werftarbeiter statt. Die Arbeitervertreter nahmen das Angebot der Arbeitgeber zur Kenntnis; über die Vorschläge sollen geheime Urabstimmungen in den Betrieben erfolgen.

Breslau (Land)-Neumarkt.

Wachtung! Parteigenossinnen und -Genossen der Landkreise Breslau und Neumarkt!

Am Sonntag, den 5. März, nachmittags 1 Uhr, in Breslau, Taschenstraße Nr. 21, (Gartenaal, Pächtes Lokal):

Große Frauenkonferenz!

Tagesordnung: 1. Die wirtschaftliche und politische Lage. Rednerin: Frau Maria Anjorge, W. d. R. 2. Organisation und Agitation. Rednerin: Clara Jils, Parteisekretärin.

In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung werden alle Teilnehmer ersucht, pünktlich und vollständig zu erscheinen.

Mandate stellen die Ortsgruppen aus und sind mit der Unterschrift des Ortsgruppenführers und dem Ortsgruppenstempel zu versehen.

Genossinnen und Genossen, die als Gäste an der Konferenz teilnehmen wollen, sind herzlich willkommen. Mitgliedsbuch legitimiert.

Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins Breslau-(Land)-Neumarkt.

J. A.: August Reiner, Parteisekretär.

Aus der Provinz Schlefien.

Bezirks-Partei-Konferenz.

Sonntag, den 5. März 1922, vormittags 9 1/2 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Zimmer 7/8, eine Bezirks-Partei-Konferenz statt.

Tagesordnung: 1. a) Geschäftsbericht, erstattet vom Bezirksarbeitersekretär W. Peilert; b) Massenbericht, erstattet vom Kassierer Martin Vogel. 2. Beschlußfassung über die Beitragserhöhung für das Bezirks-Arbeitersekretariat Breslau. 3. Vorträge: a) Die Hausangestelltenbewegung in Deutschland, Referentin: Genossin Kahler-Berlin; b) Was bedeuten die Wohnungsheime der Landesversicherungsanstalt Schlefien für die verheiratete Arbeitererschaft? Referent: Bezirks-Arbeitersekretär Alfred Peilert-Breslau. 4. Anfragen und Verschiedenes. Die Gauleiter sind eingeladen. Verbandsmitglieder als Zuhörer haben Zutritt.

Gruppen Ende.

Der wegen des Kleppelsdorfer Doppelmordes mehrmals zum Tode verurteilte Arbeiter Peter Gruben hat gestern in seiner Zelle Selbstmord verübt. Gegen 5 Uhr nachmittags wurde er von einem revidierenden Beamten, an einem Holenträger hängend, in seiner Zelle tot aufgefunden. Gruben war seit seiner Flucht in der vergangenen Woche in Einzelhaft.

Peter Gruben war nach seinem letzten Fluchtversuch in der Nacht vom 23. zum 24. Februar in einer Einzelzelle untergebracht. Er zeigte keinerlei Zeichen von Erregung und genoh auch heute sein Mittagessen in vollständiger Ruhe. Gegen 4 Uhr wurde seine Zelle revidiert und alles in Ordnung gefunden. Um 1/2 5 Uhr fand eine weitere Revision statt. Bei dieser Gelegenheit fand man Peter Gruben an seinem Holenträger an der Zentralfestung erhängt vor. Es wurden sofort Wiederbelebungsvorkehrungen angelehrt, die aber ergebnislos waren. Jedem eine schriftliche Aufzeichnung hat Gruben nicht hinterlassen, auch nicht zu irgend jemand eine Aeußerung getan, die auf sein Verhängen schließen ließ. Er hat also seine Missetat mit ins Grab genommen. Die Tat spricht jedoch dafür, daß er sowohl den Doppelmord in Kleppelsdorf begangen, wie auch vorher seine auf rätselhafter Weise verschwundene Frau ermordet haben dürfte. Unschmelzend wachte Gruben aus seiner verzweifelten Lage keinen anderen Ausweg.

Schweidnitz. Zu Tode gestürzt. Am Dienstag vormittag ist an der Eisenbahnbrücke am Grünauer Wege der Kunstnaler Graf Brühl aus Weigenrodan in schwer verletztem Zustande aufgefunden worden. Er war vorgestern abend mit dem Zuge von Jöhren nach Schweidnitz-Niederstadt gekommen und auf dem Wege nach Weigenrodan in der Dunkelheit von der Eisenbahnbrücke abgestürzt. Der Verunglückte ist unmittelbar nach dem Auffinden gestorben.

Gottesberg. Ein Raubmordversuch, der nur aus Mangel an Nahrung, wurde in der Nähe des Steinbruchs in Alt-Wälsch gegen den mit einem Viehtransport heimkehrenden Sohn des Fleischermeisters Fischer verübt. Zwei Wegelagerer fielen über ihn her und schlugen ihn über den Kopf. Es entspann sich ein heftiger Kampf zwischen ihm und den Angreifern, bei dem der Ueberfallene mit Messern bearbeitet wurde. Mehrere berartige Stiche, die nach der Brust gestickt waren, wurden durch die im Rod stehende, mit Banknoten gefüllte Brieftasche, auf die es die Täter abgesehen hatten, aufgefangen. Als andere Leute nahten, entflohen die Banditen in den Wald und entkamen.

Wethen. Belagerungszustand in Bielewisch. Der Kreisinspektor hat über Bielewisch den Belagerungszustand verhängt. Die Ursache der Verhängung des Belagerungszustandes sind unverständliche Elemente.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Am 23. Februar 1922, früh 3 1/4 Uhr, verstarb unser Freund und Verbandskollege, der Schlosser **Eduard Triebnek** im Alter von 51 Jahren. 12003
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm die Mitglieder der Ortsverwaltung Breslau. Beerdigung: Freitag, den 3. März 1922, nachm. 2 Uhr, vor der Leichenhalle St. Barbara in Cooel.

Am 1. März verstarb nach langen, schweren Leiden unser langjähriger Vorgesetzter, der Wiegemeister **Herr Karl Unverricht**. 10683
Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren. Das Eisenbahnpersonal der Zuckerfabrik Klattendorf.

Am 1. März verschied unser Mitglied, die Arbeiterin **Pauline Schwarzer** im Alter von 43 Jahren 6 Monaten. 12004
Ehres ihrern Andenken! **Der Sozialdemokratische Verein Breslau**
Beerdigung: Sonnabend, den 4. März, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle in Gröbchen. Trauerhaus: Leichenstraße 33. Dienstag 4.

Ziehung nächste Woche vom 9.—11. März
5540
Geld-Lotterie
1. G. des Reichsdeutschen Blinden-Verbandes
60 000 40 000
20 000 10 000
Lose à 5.— Porto und Liste Mk. 3.50 extra.

Geld-Lotterie
2. G. des kath. Filzergewerks für Mädchen, Frauen und Kinder.
Ziehung 24. bis 30. März
100 000 80 000
70 000 50 000
2 x 25 000 5 x 10 000 Mk. bar.
Lose à 7.— Porto und Liste Mk. 5.50 extra.

In der vom 25. bis 27. Februar 1922 stattgefundenen Ziehung der Großen Geld-Lotterie des Ausland-Instituts Stuttgart fiel der 2. Hauptgewinn von 100 000 Mk. in meine Kollekte.
Obige Lose empfehle und versendet **B. Klement, Ring 22**
geradeüber vom Schwidnitzer Keller. Postcheckkonto Nr. 3812. Telefon Ring 4229.

Sozialdemokratie und Schule
Von Heinrich Schulz. — 2.50 Mk. — 20% Zuschlag
Bestellungen werden von der Expedition dieses Blattes (ausw. von Kantigen Kabinett) entgegengenommen.

Arbeitsmarkt
Schneidermeister 11989
für la Dragkonfektion, das ganze Jahr Beschäftigung, sofort gesucht. **Bielek, Friedrich-Wilhelmstraße 105**

Geübte Näherinnen 11992
zum Nähen neuer Gärde, Stricktüde und Gratepläne können sich melden bei **Julius & Stefan Cohn** Reinschstraße 51 (Riesoldhof).

Tüchtige, selbständige Jacken- und Rockarbeiterinnen 11987
für sofort und auch später in dauernde Beschäftigung für unsere Werkstätten in Hame gesucht.

M. Gerstel A.-G., Schwidnitzer Straße 10/11.

Klempner, 11988
die schon im Fabrikbetrieb beschäftigt gewesen sind, stellen sofort ein **Speer & Schwarz,** Metallwarenfabrik, Dammstraße 2.

Einige Frauen 11990
zum Gärde Nähen können sich melden **Büntig, Stannek & Co., K.-G.** Breslau VI, Ritschladgraben 24.

Zeitungsträgerinnen
für Klein-Garben sofort gesucht. **Expedition der „Vollmacht“, Markt. 4 G.**

Bürovorsteher, 12000
1. Kraft und 12000 **Stenotypistin**
zu sofortiger Antritt für Ober-Gleiten & freier Station gef. **Friedrich Finkler,** Breslau E, Gersdorfer Str.

Intimationsbrenner
zu sofortiger Antritt für Ober-Gleiten & freier Station gef. **Friedrich Finkler,** Breslau E, Gersdorfer Str.

Gaib-Bedienung
für sofortige Antritt für Ober-Gleiten & freier Station gef. **Friedrich Finkler,** Breslau E, Gersdorfer Str.

Verkaufsstellen:
Grübschener Straße 54
Hohenzollernstraße 2
Grübschener Straße 82a

Alexander Robowski

empfiehlt von altem Einkauf zu billigsten Preisen:
Damenstrümpfe, Kinderstrümpfe, Socken, Trikotasen, Wollwaren,
Wäsche, Schürzen, Herrenartikel, Kinderartikel, Stoffe,
Strickwolle, Garne, Schneiderartikel

Verkaufsstellen:
Augustastr. 186 Ecke Behrauerstr.
Westendstraße 51 Ecke Leathenstraße
Rosenthaler Straße 55 11983

Dominikaner!
Neul Neul Neul
Potratz Klein-
Gesellschaft
Bühnen-, Bühnen-, Ensemble
Vollständig - Kunst - Theater
Kommen! Sehen! Urteilen!

Kammer-
NIGHT-
SPIELE

Der Welt größter Film!
Der gewaltigste
Episodenfilm aller
Zeiten! 11991

Der Silberkönig
Internationaler Sensa-
tions- und Gesellschafts-
Roman in 4 Teilen -
22 Akten.

Hauptrolle:
Bruno Kastner
in einer noch nie ge-
sehenen Meisterleistung.

Ab heute 1. Teil
Li Fan To
das wunderbarste
und unheimlichste
Chinesische
oder

Der 13. März
Die Verurteilung eines
Großtäters
6 Akte
aus den dunkelsten Tiefen
der Millionenstadt.
Dazu:

Paul Rosenhays
berühmtester Kriminal-
roman aus der guten
Gesellschaft.

**Das Rätsel der
Blauen Steine**
5 Großakte 5

Bei diesem
Kolossal-Spielplan
sind alle Vergewalt-
igungen aufgehoben.
Kupfer-Festspiel.

Spiele-
Lichtspiele

Neuauflage 38.
machen keine Kissen-
reklame, bringen aber
dafür immer lange u. gute
Programme bei kleinen
Eintrittspreisen.

Aus den Memoiren
einer 11972
Filmschauspielerin
mit Lya Mara in der
Hauptrolle. - Liebes-
drama in 5 Akten.

Der große Chef
Der Kolossal-Sturm-
Weibe-Film in 6 Akten.
Haben Sie
was gemerkt?
Famose Leistung in 3 Akten
mit Paul Hildemann.

Eleganz 11995
Anzüge
Raglans
Overcoats
von 550 bis zu
jetzig und noch höher.
kaufen Sie direkt vom
Hersteler.
Gehr. Hänel
Königsplatz 13, I. Stg.
Gang, Weststr.



HERRENBEKLEIDUNG

Viel, sehr viel könnten wir Ihnen darü-
ber sagen. Absichtlich tun wir das nicht.
'JHR Urteil gilt!
und darum besuchen Sie uns

Rudolf Petersdorff
Breslau, Ohlauer-Strasse 8

Sängerkab., Singsfelder Chöre
Sonnabend, den 4. März:
Großer Mastenball

veranstaltet vom 1. Breslauer Musikverein
„Singsfelder“ 1935
Es lohnt sich zu... Der Vorstand

Jede Nähmaschine,
Jedes Fahrrad mit Freilauf
kaufe ich zu höchsten Preisen.
Wenzlers, nur Gräßenerstr. 45.
Bitte bei allen Einkäufen stets die Interenten
unserer Zeitung zu berücksichtigen.

Damen- und Mädchen-Hüte
werden schnell und modern umgeprägt und umgearbeitet.
Erna Schmuhl, verehel. Brock, Straße 23.
Ein gutes Buch
ist immer billig.
Thema: Unerwartete Gelder, Koch. 1.-
Roman: Die Pawlowitz, nur 1.50.
Buchhandlung Volkswacht, Breslau
Neue Gröbenstraße 5.

Präm. Maskenkostüme
leicht
Zander, Gelhornstr. 28, I. 1198

Die allerbilligsten
Anzüge
Cutaways
gestr. Hosen
kaufen Sie am besten
direkt aus der Werkstatt
im
Herren-Bekleidungshaus
Nicolaistraße 48
am Königsplatz
Jah. Herm. Partetzka.

Zur Allshees
und Matrizen, die
innerhalb 14 Tagen
nach Ablauf des
Auftrages nicht
abgeholt, kann eine
Gewähr für Aufbe-
wahrung nicht über-
nommen werden.
Verlag
der
Volkswacht

Zu kaufen gel.
Alt-Metalle
kauft u. zahlt Höchst. Preis
Otto, Kohlenstr. 8.

Kinderwagen
aller Art, auch defekt,
Untergestelle
Blauer, Städer usw. kauft
Hans Wolke, Reisingstr. 11.

Wie kaufen
Schallplatten
aus der Fabrik
ob hell oder zerbrochen, u.
zahlen bis auf weiteres
25 Mk. pro Kilo
also 6.00-7.50 pro Platte.
Odeon-Musik-Haus
Albrechtstr. 7. T. R. 5508.

Grammophon
Schallplatten, auch
zu 20 Stk. an 100 Stk. zu
Herrn M. Liedecke, Eisengießstr.

Altmetalle
kauft zu höchsten Preisen
Jungling, Greifenstraße 4.

Zum Verkauf
Gut erhaltener Klempnerwagen
mit Motor u. verb. Schmidt,
Taschenschr. 147, IV. 1935

Dieser Weg führt
Sie dorthin, wo die
preiswert u. schönst.
Anzüge
sind

Ring
Königsplatz
Kohlenstr.
Kohlenstr. 43
Kohlenstr. 43
Wllh. Ed. Schubert
43 Kohlenstraße 43

3 neue Anzüge
mittlere Figur, hochbillig
Blitzradler
Wittoriastraße Nr. 104a.
Siegfried Weilage.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 3. März.

Sozialdemokratischer Verein.

Jugendsozialisten. Sonnabend, den 4. d. M., im Gewerkschaftshaus, Zimmer 12, Gemeinschaftsabend. Volkshilfliches Erscheinen erwünscht, da wichtige Aussprache.

Stadtverordnetenversammlung.

Im Vordergrund des Interesses stand gestern die Frage der Unterbringung der Frauenberufsschule in einem Schulhause der Arletiuschule. Eigentlich war sich die ganze Versammlung ziemlich einig, daß man der Magistratsvorlage zustimmen müsse, aber erst ein sehr langer Weg von Beratungen, Studien, Berechnungen und Beschäftigungen hat alle Parteien zu dieser Ansicht gebracht. Und da man draußen die Dinge doch nicht in allen Einzelheiten verfolgen konnte, galt es falsche Vorstellungen zu zerstreuen. Das ist zunächst als Berichterstatter unser Genosse Schumde, der die alle Lehrer zuerst gegen die Hergabe der Arletiuschule gemeldet ist, sich dann aber zu der entgegengesetzten Ansicht bekehrte. Dasselbe ist bei dem demokratischen Lehrer Blesch und dem Zentrumsvorsteher Schiefer der Fall. Von den Lehrern unter den Stadtverordneten ist nur der deutschnationaler Rektor Rothkirch übrig geblieben, der „für einen Teil seiner Fraktion“ gegen die Hergabe des Hauses war, weil die Frauenberufsschule „eine alte Einrichtung der Väter“, die Sophie Werner-Stiftung zum Besonderen bringe. Auch will er lieber die Frauenberufsschule einen unruhigen Wechsel auf die Zukunft ziehen lassen. Bei der Abstimmung selbst ist aber nur Herr Blüthm, seines Zeichens Innungsoberrichter, willige Gefolgshand, die weil ja das ehrliebe Geschicksgewerbe wenig Interesse für die Mädchenziehung hat. Von unserer Seite wurde durch Genossen Otte noch ganz besonders betont, daß die Hergabe eines Hauses der Arletiuschule nur unter der Bedingung erfolge, daß alsbald an die Errichtung eines neuen Volkshilfsbaus im Südosten gegangen werde. Das wurde durch Oberbürgermeister Dr. Wagner und Stadtschulrat Dr. Lauterbach zugesichert. Außer Dürrgow wird auch Gräßchen ein neues Schulhaus erhalten. Genossin Franke betonte noch, daß nun durch die Frauenberufsschule auch Kurse für die Arbeiterinnen der Breslauer Großbetriebe veranstaltet werden.

Von Wichtigkeit war weiter die Frage nach einem Zuschlage zur Gewerbesteuer für das vergangene Jahr. Wie der Demokrat Dr. Franke berichtete, hat der Haushaltsausschuß beschlossen, statt der vom Magistrat vorgelegenen Verdreifachung der Steuer nur die Hälfte ihres Beitrages nachzugeben. Rämmerer Matties machte daraufhin die Gefahr eines Defizits riesengroß und in den schwärzesten Farben. Genosse Dars erwiderte, daß sich zurzeit die Lage der städtischen Finanzen noch nicht übersehen lasse. Im ganzen vorigen Jahre kündete der Rämmerer den Bankrott an, und am Ende gab es einen beträchtlichen Ueberschuß. Da könne man diesmal nicht kurz vor Jahresluß das Gewerbe mit einer so riesigen Nachzahlung belasten, nur weil man mit der Möglichkeit eines Defizits zu rechnen habe, das keineswegs mit Sicherheit einzutreten braucht. Ohne Debatte wurde die neue Schenksteuerabzugsverordnung nach der Ausschlußbeschlüssen genehmigt.

Nach Erledigung einer ganzen Reihe von Vorlagen beschloß man sich mit dem Dringlichkeitsantrag, der eine Unterstützung der Kleinrentner

forder. Als Unterstützungssumme kommt für die Stadt ein Betrag bis zu 1/2 des nach der Verfügung des Regierungspräsidenten anzuwendenden Höchstbeitrages von 1.600.000 Mark in Frage.

Die Not der Kleinrentner ist allgemein bekannt, rasche Hilfe dringend geboten. Nach eingehender Prüfung der Bedürftigkeit soll zunächst eine einmalige Beihilfe bis zum Höchstbetrage von 1500 Mark gewährt werden.

Als Kapitalrententzins ist nach den Berliner Richtlinien anzusetzen, wer ein Jahreseinkommen von mindestens 600 Mark aus Kapital oder Renten hat. Durch diese Bestimmung soll eine Verbindung der Fürsorgeeinrichtungen für Kapitalrententzins mit der Armenpflege vermieden werden. Die Bedürftigkeit des Kleinrentners ist anzunehmen, wenn das Gesamtjahreseinkommen geringer als 3000 Mark ist; sie ist in der Regel zu verneinen, wenn die Beiträge der Gewerbesteuererfüllung erreicht werden.

In der Besprechung der Vorlage, die Genosse Bandmann eingehend begründete, wurde auch vom Magistrat Berücksichtigung besonderer Umstände ohne allzu strenges Festhalten an den vorgelegenen Richtlinien erbeten. Stadtrat Tilgner antwortete in diesem Sinne zu versichern und auch der Anregung der Wiedereröffnung von Mittelständischen sofort nachzugehen.

Ein zweiter Dringlichkeitsantrag empfahl gemäß den Beratungen des Ausschusses VIII, bei der

Nachsteuer zur Gemeindegewerbesteuer den Zuschlag nur um 50 Prozent, d. h. von 200 auf 450 Prozent, entsprechend 93 1/2 Prozent der staatlich veranlagten Gewerbesteuer, zu erhöhen, und den Magistrat zu ersuchen, im Falle der Bedürftigkeit Steuernachlässe zu gewähren.

Stadtkämmerer Matties warnte vor dieser Ermäßigung, jedoch wurde keinen bekannter pessimistischen Ausführungen von verschiedenen Seiten widersprochen, auch vom Genossen Dars. Die Vorlage wurde schließlich gemäß dem Ausschlußgutachten angenommen.

Den breitesten Raum in den gestrigen Beratungen nahm die Frage der Verlegung der Frauenberufsschule in die Arletiuschule ein. Es sollten zu diesem Zwecke 1.100.000 Mark für Umbauarbeiten in der Arletiuschule vorzuschussweise bereitgestellt werden.

Genosse Schumde begründete in längeren überzeugenden Ausführungen die Vorlage und die Notwendigkeit, nicht nur aus Gründen der Vereinfachung und Beschäftigung des Betriebes, sondern auch vor allem aus ideellen Gründen die bisher in der ganzen Stadt verstreute Frauenberufsschule in einem Gebäude zu vereinigen. Die Frauenberufsschule wird zum größten Teil von Volkshilfschülerinnen besetzt, sie ist eine Schule des Volkes und muß dem Volke erhalten bleiben. Die Umstellungen, die erforderlich sind, bereiten keinerlei Schwierigkeiten und den umzuschulenden Kindern erwachsen keine Nachteile. Genosse Otte beantwortete ebenfalls die Magistratsvorlage und forderte vom Magistrat im Sinne der Ausschlußberatung die klare Erklärung, daß er bereit sei, sofort an den Neubau einer Volkshilfschule anzugehen. — Stadtschulrat Lauterbach unterstützte diese Ausführungen und betonte, daß Volkshilfsklassen eingeschlossen seien, nicht um die Frequenz heraufzusetzen, sondern weil die Zahl der einzuschulenden Kinder ungeheuer gefallen ist. Er erklärte nochmals die Umstellung, die für niemanden Nachteil, für die Kinder, die in die Volkshilfschule kommen,

Um die Arletiuschule.

Als die Absicht des Magistrats bekannt wurde, ein Gebäude der Arletiuschule für die Zwecke der Frauenberufsschule bereit zu stellen, machte sich sofort in Lehrern und Elternkreisen eine lebhafteste Bewegung gegen diesen Plan bemerkbar. Und in der Tat kann man den Standpunkt begreifen, daß keines der neuen Volkshilfshäuser für andere Zwecke geopfert werden soll. Stand doch auch die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion bis in die jüngste Zeit auf dem gleichen Standpunkt, und verlor ihn im Plenum wie in den Ausschüssen. Am Ende hat sich dieser Standpunkt jedoch als unhaltbar herausgestellt, und zwar durch umfangreiche Beschäftigungen und genaue Prüfung von allem Tatsachenmaterial.

Zunächst ist es durchaus nicht richtig, daß etwa „das schönste aller Volkshilfshäuser für andere Zwecke geopfert“ werden soll. Gewiß ist die Arletiuschule ein moderner Bau, aber gegenüber dem prächtigen Volkshilfsbau auf der Riegnitzstraße, oder der neuen Volkshilfschule, die nunmehr endlich ihrem Zwecke zugeführt werden soll, weist sie ganz bestimmt keine Vorzüge auf. Und schließlich wird man die Frauenberufsschule ebenso als Volkshilfschule anprechen müssen, wie andere Fortbildungsschulen für die männliche Jugend.

Tatsächlich hat zunächst die Beschäftigung ergeben, daß die Frauenberufsschule nicht nur zerstreut, sondern in ihren einzelnen Teilen so miserabel untergebracht ist, daß Abhilfe unbedingt erforderlich ist. Teilweise befindet sie sich sogar in Kellern, die für den Haushaltsunterricht von Volkshilfschülerinnen hergerichtet worden sind, und nun doch endlich wieder ihren Zwecken zugeführt werden müssen. Es kann doch nicht angehen, daß Volkshilfschülerinnen dauernd in den praktischen Räumen nicht unterrichtet werden können, weil die Frauenberufsschule, die den Schulentwässerinnen dient, die Räume besetzt hält.

Also bauen wir der Frauenberufsschule ein neues Schulhaus! Das war die Ansicht der Elternschaft, und zunächst auch die der sozialdemokratischen Stadtverordneten. Ein Schulhausbau nimmt mit allem, was damit zusammenhängt, drei Jahre in Anspruch. Es geht aber rasch zu helfen, im Interesse der Frauenberufsschule selbst, wie im Interesse der Volkshilfschulen, die ihre Räume für den Haushaltsunterricht ihrer Schülerinnen zur Verfügung stellen wollen. Lehrer und Elternschaft hatten nichts dagegen, wenn irgend ein anderes Schulhaus geopfert werden würde, so das in nächster Nähe der Arletiuschule gelegene Schulhaus an der Riegnitzstraße. Die Beschäftigung hat ergeben, daß dieses Haus für die Zwecke der Frauenberufsschule vollkommen ungeeignet wäre. Die Kellerräume, auf die es hauptsächlich ankommt, liegen tiefer als die Kanalisation der Straße, sodaß für Koch- und Waschtischen jeder Abfluß fehlt. Die Abwässer münden erst aus dem Keller heraufgeleitet, um in die Kanäle geführt zu werden. Die Kellerräume sind auch schlecht belüftet und bei der Bauart des Hauses würde es dort bald von Ratten und Mäusen wimmeln, wenn größere Nahrungsmittelmengen aufbewahrt werden.

Es gibt überhaupt nur zwei Schulhäuser, die nach der Bauart ihrer Keller geeignet sind, die Frauenberufsschule aufzunehmen, nämlich die Arletiuschule und die neue Menselchule. Zwischen diesen beiden Schulen kann aber die Wahl nicht schwer sein. In der Gegend der Arletiuschule befinden sich nicht weniger als vier große Schulhäuser. Von weit her, aus der Gegend der Menselchule und bis draußen von Dürrgow kamen bisher die Kinder in eine dieser vier Schulen. Wenn nun die prächtig gelegene Menselchule endlich frei geworden ist, erspart sie vielen Kindern einen weiten Weg, ist sie doch nur

gebaut worden, weil sie für die Kinder dieser Gegend ein Bedürfnis war.

Verstehenlich ist nun behauptet worden, daß in Breslau noch 140 Volkshilfsklassen in Privathäusern untergebracht seien, und daß man deshalb kein Volkshilfshaus opfern dürfe. Diese Ziffer stammt aber aus dem Vorjahre, und war ein Ueberrest aus der Kriegszeit. Schon im vorigen Jahre trat zum ersten Male der Geburtenrückgang während des Krieges in Erscheinung und diese Eltern setzten sich natürlich in verstärktem Maße. Zurzeit dürften es noch 20 Volkshilfsklassen sein, die in Privathäusern untergebracht sind, und zwar in der ganzen Stadt, also in ganz anderen Gegenden, als in der Nähe der Arletiuschule, zum Beispiel in Scheitling, wo die Volkshilfschule noch immer nicht wieder frei geworden ist.

Über Schulnot haben die Eltern in Dürrgow zu klagen. Sie hätten auch allen Grund, zu protestieren, daß ihre Kinder bis zur Arletiuschule laufen müssen. In der Not sollen Baracken aufgestellt werden. Die sozialdemokratische Fraktion aber hat an die Hergabe der Arletiuschule die Bedingung geknüpft, daß weiter draußen, im Südosten, ein neues Schulhaus gebaut wird, und dieser Bau ist ihr zugestanden worden.

Im ganzen steht es also so, daß die Frauenberufsschule sofort neue Räume braucht, während mit einem Neubau drei Jahre verstreichen, wüßte man doch zunächst nicht einmal, auf welchem Platz die Schule zu errichten wäre. In den Volkshilfschulen werden immer mehr Räume überflüssig, bis sich in drei Jahren hier die verstärkte Geburtenzahl nach dem Kriege bemerkbar macht. Bis dahin läßt sich aber brauchen an der Peripherie der Stadt leicht ein neues Schulhaus schaffen.

Bliebt noch ein Einwand der Eltern- und Lehrerschaft, daß sich die Frauenberufsschule ausdehnen, und auch das zweite Schulhaus an der Arletiusstraße beanspruchen werde. Doch das ist ausgeschlossen. Zwar drängt auch die Frauenbildung ganz erfreulich nach vorwärts, aber dann gilt es, in allen Stadtteilen entsprechende Schulen einzurichten. Schon zeichnet sich der Plan ab, das Zwinger-Gymnasium in eine zweite Frauenchule zu verwandeln, wenn es einmal seinen Neubau gefunden hat, auf den es schon seit Jahren drängt.

Raum je haben die Stadtverordneten eine Vorlage mit mehr Ernst und Gründlichkeit behandelt, als gerade diese Sache. Eltern- und Lehrerschaft können sich doch wohl denken, daß die Angelegenheiten der Volkshilfschule nirgends so gut gewahrt werden, als innerhalb unserer Partei. Nachdem noch das Potsdamer Gewerbe-Lehrerinnen-Seminar der Frauenberufsschule angegliedert ist, das übrigens nur einen kleinen Teil von ihr ausmacht, und wofür der Staat jährlich 30.000 Mark Zuschuß zahlt, sind endlich genügend Lehrkräfte dieser Art am Orte, um für die Arbeiterinnen der Großbetriebe Haushaltskurse einzurichten, nach denen so viel verlangt wird. Wenn welche angelernte Arbeiterin möchte nicht gern alle möglichen Dinge lernen, die sie einmal als Frau und Mutter gut gebrauchen kann.

Wahrscheinlich wird die Frage der Arletiuschule auch nach dem Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung noch Anlaß zu weiterer Aussprache geben. Unsere Fraktion selbst ist daran interessiert, vor der Eltern- und Lehrerschaft die sachlichen Gründe für ihre Haltung darzulegen. Dabei dürfen wir überzeugt sein, daß diese Gründe ihre volle Würdigung finden werden. Die Zukunft aber wird erweisen, daß unsere Fraktion nicht nur das Beste gewollt, sondern wirklich auch für die Entwicklung des Breslauer Volkshilfschulwesens das Beste getroffen hat.

cher Vorteil bedeutet, und erklärte die Bereitwilligkeit des Magistrats, an einen Volkshilfsneubau sofort heranzugehen.

Oberbürgermeister Dr. Wagner benutzte die Gelegenheit, sich mit großer Schärfe gegen die unverantwortlichen Treiber in Teilen der Bürgererschaft zu wenden, die gerade bei der Frage der Arletiuschule einen bedauerlichen Umfang angenommen haben. Die Zusammenkunft des Magistrats bürge dafür, daß von einer Volkshilfschulneubau nicht die Rede sein könne. Es sei bedauerlich und tief betrübend, daß jetzt sogar parteimäßig in Diskussionsversammlungen Sturm gelauert und versucht werde, einen Druck auf die Entscheidung dieser Versammlung auszuüben. Wer kann denn das Wohl der Allgemeinheit besser erkennen als wir, die wir uns nach Pflicht und Gewissen mit ihm zu beschäftigen haben. Wir werden uns ganz entschieden dagegen, daß man versucht, unsere Entschlüsse von der Straße her zu beeinflussen. (Bravo.)

Nachdem nach die Stadts. Schleiter (Zit.) Blesch (Dem.) für die Vorlage und Stadts. Rothkirch dagegen gesprochen hatten, wendete sich Genosse Franke namentlich gegen letzteren und zeigte die Unrichtigkeit seines Standpunktes. Die Deutschnationalen haben schon in der Vergangenheit bewiesen, daß sie für die Ausbildung der Frauen nichts übrig haben. Es dürfte nach den gestrigen Beratungen jeder den Eindruck gewonnen haben, daß sich Magistrat und Stadtverordnetenversammlung mit dem ganzen Bewußtsein der schweren Verantwortung und mit größter Gewissenhaftigkeit und Prüfung dieser Schulfrage unterzogen haben. (S. unseren Aufsatz: Die Arletiuschule.) Die Vorlage wurde schließlich gegen nur zwei Stimmen angenommen.

Rechtträge zum Ortsstatut für das Gewerbegericht und das Kaufmannsgericht der Stadt Breslau sehen u. a. vor, daß den Beisitzern für jede Sitzung eine Entschädigung von 30 Mark gewährt werden soll. Die Beisitzer des Kaufmannsgerichtes hatten erklärt, sich mit 10 Mark zu begnügen, und der Ausschuß II stellte einen entsprechenden Antrag. Nach längerer Aussprache wurde der Ausschlußantrag bezüglich des Kaufmannsgerichtes angenommen, der auf das Gewerbegericht bezugnehmende Teil des Magistratsantrages dagegen an den Ausschuß II zurückverwiesen.

Im übrigen wurden weiter folgende Vorlagen angenommen: Auseinanderlegungsplan in der Obergerichtslegungssache von Oswitz, Aufstellung von Fontons für die Badeanstalten an der Burgstraße und dem Gneisenaplatz, Ankauf von Del. Uebernahme von Kosten für die Ausübung der sozialen Fürsorge für Kriegswaisen, Errichtung eines Grenzhauses beim Menselstraße-Krankenhaus, Bau eines Aborthäuschens in der Riegnitzstraße, Neuordnung über Erhebung von Vergütungen für die gärtnerische Grabstättenpflege, Erhöhung des Einkommens der Direktoren der Städtischen Bank, Einrichtung elektrischer Beleuchtung in der Hilfskellerei in Kobelnitz, Ergänzung des Obstbaumbestandes auf dem Rittergute Luzine, Verpachtung der Nagel in Peiskermitz, Verstärkungen von Haushaltsplänen, Beschaffung der Einrichtung der Gericht Hauptmann-Oberrealschule, Herrichtung des Schulgebäudes Taschenstraße 28/29, Beschaffung von 20 Tonnen Rillenschienen für die Städtische Straßenbahn.

Abgelehnt wurden entsprechend dem Ausschlußgutachten, die Vermietung der Ringstraße 288 an den Fleischermeister Wilhelm Bamberg und die Vermietung einer Fläche am Nordende der Universitätsstraße für eine Verkaufshalle.

Die Vorlage betr. Weiterverpachtung der Pächter Ländereien usw. wurde an den Ausschuß IV verwiesen, die Vorlage betreffend Verpachtung von Ländereien in Scheibitz nochmals an die Ausschüsse II und IV.

Der Eintritt in die Tagesordnung wurde mitteilt, daß die Stadts. Frau Justizrat Ollendorff (Dem.) aus dem Ausschusse VI ausgeschieden und in den Ausschuß III eingetreten ist. Stadts. Pachmann (Dem.) ist gemäß § 10 der Geschäftsordnung dem Ausschusse VI überwiesen worden.

Vom Arbeiter-Bildungsanschuß.

Sonntags-Unterhaltungsabend im Ordeitor.

Für den Unterhaltungsabend am kommenden Sonntag, 7 1/2 Uhr, in der Aula der Viktoriaschule, Büchergasse 9, sind als Solisten drei beliebige Breslauer Künstler gemeldet worden: Hanna Schmal (Geige) und Käthe Straußler (Klavier) — beide vom ersten Unterhaltungsabend in besser Erinnerung —, außerdem Alfred Lasserstein (Geige).

Das Programm des Abends bringt sehr schöne Werke von Chopin, Mozart, Sinding usw. für zwei Geigen und Klavier oder nur für zwei Geigen, die viel zu wenig bekannt sind, weil zwei Geigen-Solisten selten zur Verfügung stehen. Außerdem wird Käthe Straußler Klavierstücke von Chopin und Moszkowsky spielen.

Eintrittstorten zum Preise von 1 Mark sind am Eingang in die Aula erhältlich.

Der Konkott der „Neuesten Nachrichten“.

Was die „Neuesten Nachrichten“ der größten Firma Dittmar bewilligt haben, verzweifeln sie den kleinen Zeitungshändlern. Der Verein Breslauer Zeitungshändler und -händlerinnen, die Arbeitsgemeinschaft der Kost- und Hausstandsbesitzer usw. bitten das Publikum um Unterstützung in ihrem Kampf gegen eine Zeitung, die am Jahresluß zwar Millionengewinne erzielt, aber ihren Veräußern nicht die notwendigen Existenzmittel bewilligt.

Vom Schiebermarkt.

Auf dem Neumarkt wurde vor einigen Tagen unter den dort verammelten Schiebern auch ein Schuhmacher angegriffen, der ein Paar Schuhe zum Kauf anbot. Die Polizei verlangte Nachweis über die Herkunft der Schuhe und da stellte es sich heraus, daß der Schuhmacher einem Meister auf der Sandstraße zwei Paar Schuhe gestohlen hatte, ein Paar davon gleich selbst angezogen und das andere eifrig auf den Schiebermarkt getragen hatte. Er wurde natürlich dingfest gemacht und die Schuhe wurden ihm abgenommen und dem Meister zurückgegeben.

Bereinstalender.

Deutscher Bauarbeiterverband, Sektion der Hiltenerleger. Sonnabend, den 4. März, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 12, wichtige Versammlung. Erscheinen aller ist erwünscht.

Jugendabteilung. Sonntag, den 5. März, vormittags 10 Uhr, im Zimmer 12 des Gewerkschaftshauses, wichtige Lehrlingsversammlung. Vollzähliges Erscheinen ist erwünscht.

Die Ortsverwaltung. Häufiger, Zentralverband der Hausangestellten. Hausangestellte, Hausmeister, Bedienungsfrauen, Sonntag, den 5. März, abends 7 1/2 Uhr, im Zimmer 7/8 des Gewerkschaftshauses, Mitglieder-Versammlung. Vortrag der Zentralvorstehenden Luise Küßler-Berlin. Um vollzähliges Erscheinen ersucht die Verbandsleitung.

SCHAUBURG
VICTORIA-THEATER

In beiden Theatern: Beginn 4 1/2 Uhr! In beiden Theatern des gleiche Programm! Das bedeutendste Werk amerikau. Filmkunst

Die Bettlerin von Stambul

7 gewaltige
Groß-Akte

DK

Harems-Geheimnisse
einer unbekanntten Welt

Orientalische Grausamkeiten und Leidenschaften — Die Lieblingsfrau des Scheiks — Rache in einer Moschee — Im Banne des Kleinen Bettelmädchens — Favoritin im Harem — Ein türkischer Heiratsvertrag — Falsche Trauzeugen — Hinter undurchdringlichen Schleieren — Karawanenflucht — Die „schwarze Reiter-Brigade“

5535

Berlin-Hinter Gitterfenstern — 6 Akte

Alles Original-Aufnahmen!

Sittliche Stimmungsbilder aus den Strafanstalten Berlins!

Schauburg: Varietéschau: DK-Theater: Grete Wobée, Vortragskünstlerin Franz Marx, der bekannte Humorist

MOABIT
Geschlossene Gesellschaft



Kaiser-Lichtspiele
Neue Schweidnitzer Straße 19.

Der **Gipfelpunkt** aller artistischen Leistungen
ist der **Todessprung** von **Fern Andra**

5534

ausgeführt in dem Circusdrama

Um Krone und Peltsche

6 Akte. Im Reiprogramm: 6 Akte.

Die Liebe einer Dirne

oder: **Die Tochter der Straße**

In die Seele eines leichtsinnigen Weibes wirft dieses Drama seinen tiefen Blick und mit ständig sich steigender Spannung verfolgt man die abwechselungsreiche Handlung

Veranstaltet: Ab 10. März 1922: Der zweite Terzan-Film.

Jupiter Lichtspiele
Westendstraße 50-52



Das Gewissen der Welt II. Teil
Zweiter Berliner Sitten-Großfilm — Nachtbilder aus der Millionenstadt

Razzia auf Gesindel

oder **Vom Barmädel zur Baronin** 12000

Ein wahres Erlebnis auf dem Berliner Asphalt — 5 Großakte. Warenhausdiebe — Kokettenschleher — Kokettentöchter — Wegen § 31 Freispruch — Diebstahl-Nachtbetrieb — Straßenarzte.

(Jeder Teil ist in sich vollständig abgeschlossen, daher leicht verständlich.)

Ferner: **Caro Ass** 5. Teil: **Augen um Augen** 6. Teil: **Im Tal des Schreckens** beide zusammen

Als Einlage: Humorist und Vortragskünstler H. A. v. Manja Belli

„Welkende Blätter der Großstadt“ und „Ach, diese Weiber“

Im Kinderprogramm: Freitag b. Montag, 3—4 Uhr: **Die Teufelsanbeter** Karl May-Film 3. Teil, 6 Akte.

Breslau - Busch-Gebäude
Luisenplatz — Telefon Ring 3624

Circus
Straßburger

Morgen Sonnabend, **Eröffnung**
4. März
mit dem unübertrefflichen
Straßburger-Spielplan
mit Messen - Pferde - Dressuren -
Riesen-Elefant - Königslöwe - Eis-
bären etc. etc. und den besten
Circusartisten des Kontinents.

Billette: Barock bis 5 Uhr
Lernklasse 10 bis 1 Uhr
und 1 Stunde vor Beginn
ab Sonntag, 5. März,
täglich 10 - 12 Uhr.

PALAST
Theater
Beginn 8 1/2, 9 1/2, 10 1/2 Uhr

Die Krone
oder **Fünfs!**
Der große italienische
Sensationsstücker in 9 Akten

Maciste
der Negeries
5535 und
die kleine weiße
Cabiria
Neu! Screen-Schau! Neu!

MIK
Matthiasstraße 33
u. Mollatstraße 9

Worauf das
Oderitor
wartet!
Beginn:
Wochenabends 4 Uhr
Sonntags 3 Uhr

Eddi Polo
der tollkühne amerikanische
Sensationsdarsteller in
Der Zirkuskönig
6 Teile — 36 Akte
1. Teil: Die brennende Quelle
2. Teil: Der Kassenraub
12 Akte. 11997

Bühnenschau:
Die Perle des Gesanges
Brammer
der Maurer als Heldentenor.

ZEPTEKINO
Erst-Aufführung!
Der letzte große
Amerikaner 36 Akte

Die amerikanischen Großfilme
Armstrong-Boich-Zirkuskönig
werden bei weitem übertrumpft!

Der glühende Kristall 36 Akte
oder
Rodney Gray 36 Akte
der Verbrecher-
könig
von New-York.

1. Teil bis Montag:
Die flammende Scheibe
6 Akte. — Außerdem:
Sittendrama:
Die dunkle
Großstadt
6 Akte.

Dienstag 2. Teil „Kristall“:
der amerikanischen
Chinesenviertel.
Das Geheimnis
Nächsten Freitag 3. Teil: **Treibminen.**
Diesen Freitag bis Montag:
Kinder-Vorstellung 1/2, 3 Uhr.

Wartburg-Lichtspiele
Gräbenerstr. 54a

Nur bis Montag!

Ein Riesensprogramm!
Der 3. große **Stuart-Webbs-Film**
Camera obscura
Fines der interessantesten Erlebnisse
des Meister-Detektivs — 6 Akte

Ferner:
Der große Auslandsfilm
Maciste der Mann
des Schreckens
Kolossale Kraft-Leistungen, fabelhafte
Tricks und Sensationen — 5 Akte

Nobody 9. Teil:
Die rächende Hand
Sonabend 3 Uhr, Sonntag 2 1/2 und 3 1/2 Uhr:
Große Kinder-Vorstellung
Der fliegende Holländer
Musik: Musikmeister Kaiser. 11993

Kronprinz-Lichtspiele
Garten-Ecke Agnesstraße

Ein Original-Wild-West-Schlager!
Die Rache der verschmähten Indianerin (Präriestürme)
Indianer auf dem Kriegsfeld — Tollkühne
Reiterszenen — Wegsalsige Verfolgungen
5 Akte
Im Reiprogramm:
Das große Sittenbild ??? — 5 Akte
5533
Insgesamt 10 Akte.

In den meisten Fällen
Schmerzloses Zahnziehen!
R. Bartheit, Poststr. 1

Kommen Sie sofort
Ich biete Ihnen
die billigsten Preise
in
Garderoben: Schürben
Wäsche: Nachwaren
Ein- u. Verkauf-
Geschäft
Tarnungsgasse 3

Durch günstigen Einkauf bin ich in der Lage, Ihnen ein außergewöhnliches Angebot zu bieten: 11996

Herrn-Rindboxstiefel pa. Ausführung	Mk. 250,	275
Damen-Hoch- u. Normalschaftstiefel pa. Roß-Chevreaux	Mk.	275
Damen-Halbschuhe mit Lackkappe, pa. Roß-Chevreaux	Mk.	198

Ein Beweis meiner Leistungsfähigkeit.

Joseph Gruschka, Schuhhaus
Breslau, Neue Taschenstraße 6.

Frauen u. Mädchen seid gewarnt!

Im Doppelprogramm der anerkannt besten
Sittenschlager!
Nach dem Roman:
Die Geschichte eines Entarteten

Zucht haus
bis zu 5 Jahren
ruht auf
Verbrechen gegen

§ 218

Von der Zensur endlich freigegeben
der imposante
Sitten-Roman

„Die Beichte eines Lehemannes“
6 Akte nach dem Roman von Langenscheidt
Die schweren Folgen
leichtsinziger Stunden!
Die Gefahr der Unferbarkeit!

„Arme, kleine Eva“
6 Akte nach dem Roman von Langenscheidt
Die schweren Folgen
leichtsinziger Stunden!
Die Gefahr der Unferbarkeit!

Sie ist noch nicht sechzehn!

Dazu noch das passende Doppel-Programm:

Mann oder Weib
???

Das geheimnisvolle Rätsel
am Fürstenhof B.
im großen Sittenbild: **Satan Diktator,**

Der Inhalt des Gesetzes im gewaltigen Sittensinn:
Die Minderjährige.
Der aufsehenerregende Film, der wochenlang
Berlin in Aufregung
versetzte. 11999
Liebeskinderleuten gewissenloser Männer.
Die Sünden der Nacht
in dem zu bewachen verbotenen
Spezial-Viel.